



**Landesdelegiertenkonferenz  
der  
Jusos Hamburg  
September 2024**



# Beschlussbuch



Nurgül Kahrman  
Die Landesgeschäftsführerin

<b>B1</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Landesvorstand</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme mit Änderungen</i>

1 **Wahlprogramm der Jusos Hamburg – Unsere Stadt, unsere Zukunft: Jung,**  
2 **progressiv, gerecht**

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-  
5 Landesvorstand sowie den Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

6

7 **Forderung:**

8

9 Die SPD Hamburg unterstützt die Inhalte des Wahlprogramms der Jusos Hamburg zur  
10 Bürgerschaftswahl 2025 und integriert diese in ihr Regierungsprogramm 2025-2030.

11

12 **Begründung:**

13

14 **Einleitung**

15

16 Die Jusos Hamburg stehen für eine gerechte und zukunftsorientierte Politik, die alle Menschen  
17 in unserer Stadt in den Mittelpunkt stellt. In einer Zeit großer Herausforderungen wollen wir  
18 Hamburg zu einer Stadt machen, die soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und  
19 wirtschaftliche Stabilität vereint. Mit unserem Wahlprogramm setzen wir uns für eine Stadt ein,  
20 in der alle Menschen gleiche Chancen haben, unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund, ihrer  
21 Herkunft oder ihrem Geschlecht. Unsere Vision für Hamburg 2030 ist eine Stadt, die vielfältig,  
22 inklusiv und fortschrittlich ist – eine Stadt, in der die Zukunft für alle lebenswert gestaltet wird.

23

24 **Kapitel 1**

25 **Bildung für eine gerechte Zukunft**

26

27 Bildung ist der Schlüssel zu Chancengleichheit und persönlicher Entfaltung. Die Jusos Hamburg  
28 setzen sich für eine Bildungspolitik ein, die alle jungen Menschen in unserer Stadt bestmöglich  
29 auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet. Unser Ziel ist es, ein starkes und gerechtes  
30 Bildungssystem zu schaffen, das soziale Barrieren abbaut und individuelle Talente fördert.

30

31 **1.1 Ausweitung des Kita-Gutscheins**

32 Wir setzen uns für eine Ausweitung des Kita-Gutscheins auf 10 Stunden pro Tag ein, um die  
33 Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern.

34

35 **1.2 Außerschulische Lernorte und Gastreferate stärken**

36 Wir setzen uns dafür ein, dass jede Klasse pro Schuljahr in mindestens fünf Fächern mindestens  
37 einen außerschulischen Lernort besucht und ein Gastreferat organisiert. Zudem soll jede\*r  
38 Schüler\*in vor dem Abschluss des 10. Schuljahres die Hamburgische Bürgerschaft besuchen.  
39 Außerschulische Bildung fördert die Praxisorientierung und motiviert zum Lernen.

40

41 **1.3 Etablierung und Förderung von Campus-Schulen**

42 Wir setzen uns dafür ein, das Konzept der Campus-Schulen als eigenständige Schulform neben  
43 den Gymnasien und Stadtteilschulen zu etablieren. Diese Schulen sollen durch hohe  
44 Durchlässigkeit zwischen Bildungswegen und eine enge Verzahnung von schulischer Bildung  
45 und praktischen Erfahrungen überzeugen. Damit sichern wir eine umfassende Bildung für alle  
46 Schüler\*innen, die individuelle Begabungen fördert und Chancengleichheit gewährleistet.

47

48 **1.4 Kostenfreies Mittagessen an Schulen**

49 Wir setzen uns für ein komplett kostenfreies Mittagessen an Schulen ein, um sicherzustellen,  
50 dass alle Schüler\*innen eine gesunde Mahlzeit erhalten. Dies würde die Konzentrations- und  
51 Leistungsfähigkeit verbessern und gesundheitliche Chancengleichheit fördern.

52

53 **1.5 Reform des Klausurensystems**

54 Wir setzen uns für die Einführung von Lernidentifikationsnummern ein, die an die Stelle von  
55 Namen auf Klausuren und anderen schriftlichen Leistungen treten, um die Bewertung  
56 objektiver und diskriminierungsfreier zu gestalten. Ein größerer Anteil der Klausuren soll digital  
57 und in Form von „Open-Internet-Examen“ geschrieben werden. Auch die Möglichkeit weiterer  
58 Klausurersatzleistungen wie mündlichen Überprüfungen, „Take-Home“- oder „Open-Book-  
59 Examen“ soll ausgeweitet werden. Zudem soll ein größerer Anteil der Klausuren digital  
60 geschrieben und die Möglichkeit von Klausurersatzleistungen sowie „Take-Home-“, „Open-

61 Book“ und „Open-Internet-Examen“ ausgeweitet werden. Dies bereitet die Schüler\*innen  
62 besser auf die Anforderungen in Studium, Ausbildung und Beruf vor.

63

#### 64 **1.6 Flexibilisierung und Individualisierung der Oberstufe**

65 Wir setzen uns dafür ein, den Schüler\*innen mehr Mitbestimmung bei der Zusammensetzung  
66 ihrer Profile in der Oberstufe zu ermöglichen. Durch eine stärkere Flexibilisierung der Profilwahl  
67 sollen die Schüler\*innen ihre Bildungswege individueller gestalten können. Dies ermöglicht  
68 eine selbstbestimmtere Bildungsgestaltung, die den persönlichen Interessen und Stärken  
69 besser entspricht.

70

#### 71 **1.7 Mitbestimmung in der Bildung**

72 Wir setzen uns für mehr Mitbestimmung der Schüler\*innen in bildungspolitische  
73 Entscheidungen ein. Hierfür braucht es eine stärkere Einbindung der bestehenden Gremien wie  
74 der Schüler\*innenkammer Hamburg und der Kreisschülerräte in die Arbeit der Hamburgischen  
75 Bürgerschaft und ihrer Fachausschüsse. Darüber hinaus wollen wir das zivilgesellschaftliche  
76 Engagement von Schüler\*innen, etwa in Vereinen oder Jugendgruppen, fördern, indem  
77 Freistellungen für ehrenamtliche Tätigkeiten erleichtert werden.

78

#### 79 **1.8 Integration im Bildungssystem stärken**

80 Wir setzen uns für die flächendeckende Erweiterung von mehr  
81 Integrationsvorbereitungsklassen in allen Stadtteilen ein, um die sprachliche und kulturelle  
82 Vorbereitung von Kindern mit Fluchtgeschichte zu verbessern und ihre individuelle Förderung  
83 zu unterstützen. Um dies zu gewährleisten, muss das Landesinstitut Hamburg ein breiteres  
84 Angebot an Fortbildungen für Deutsch als Fremdsprache schaffen, um auch den personellen  
85 Herausforderungen gerecht zu werden.

86

#### 87 **1.9 Gesundheits- und Sozialstandards an Schulen**

88 Wir setzen uns für die Etablierung sozialmedizinischer Standards an Schulen ein, um eine  
89 umfassende gesundheitliche Unterstützung der Schüler\*innen sicherzustellen. Zudem fordern  
90 wir die Verbeamtung von Sozialpädagog\*innen.

<b>B2</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Landesvorstand</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme mit Änderungen</i>

1 **Fortsetzung Bürgerschaftswahlprogramm, Kapitel 2**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-  
4 Landesvorstand sowie den Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

5

6 **Forderung:**

7

8 Die SPD Hamburg unterstützt die Inhalte des Wahlprogramms der Jusos Hamburg zur  
9 Bürgerschaftswahl 2025 und integriert diese in ihr Regierungsprogramm 2025-2030.

10

11 **Begründung:**

12

13 **Wissenschaft und Hochschule – Ein starkes Hamburg für die Zukunft**

14 Hamburgs Hochschulen und Universitäten sind zentrale Pfeiler einer innovativen und  
15 zukunftsorientierten Gesellschaft. Sie sind nicht nur Orte der Bildung und Forschung, sondern  
16 auch Motoren sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung. Die Jusos Hamburg setzen sich dafür  
17 ein, die Hochschulpolitik in unserer Stadt konsequent an den Bedürfnissen der Studierenden,  
18 Lehrenden und Forschenden auszurichten.

19

20 **2.1 Gerechte Finanzierung der Hochschulen und Universitäten**

21 Eine bedarfsgerechte Ausfinanzierung der staatlichen Hamburger Universitäten und  
22 Hochschulen ist unerlässlich. Die Stadt Hamburg muss sicherstellen, dass alle Universitäten und  
23 Hochschulen ausreichend finanziert werden, um tarifvertraglich vereinbarte Lohnsteigerungen  
24 zu gewährleisten und Stellenkürzungen zu vermeiden. Darüber hinaus sollen die Bedarfe der  
25 Hochschulen neu erhoben und entsprechend gedeckt werden.

26

27 **2.2 Verbesserung der Infrastruktur für Studierende: Studierendenwerksfinanzierung und**

28 **Wohnraum**

29 Ein attraktiver Studienstandort erfordert nicht nur gut finanzierte Universitäten, sondern auch  
30 eine starke Infrastruktur für Studierende. Wir setzen uns für eine deutliche Erhöhung des

31 städtischen Zuschusses für das Studierendenwerk ein, um studentisches Wohnen und Essen  
32 bezahlbar zu machen. Besonders wichtig ist uns der Ausbau günstigen Wohnraums für  
33 Studierende.

34

### 35 **2.3 Reduzierung der Verwaltungskosten des Semesterbeitrages**

36 Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltungskosten des Semesterbeitrags in Höhe von 50  
37 Euro pro Semester von der Stadt Hamburg übernommen werden, um die finanzielle Belastung  
38 der Studierenden zu reduzieren.

### 39 **2.4 Mobilität für Studierende: Semesterticket bezahlbar halten**

40 Wir setzen uns dafür ein, dass das Deutschland-Semesterticket nicht teurer wird als die  
41 aktuellen 29,40 Euro und perspektivisch sogar günstiger wird. Studierende sollen die Wahl  
42 haben, das Ticket entweder digital auf dem Smartphone oder als Chipkarte ohne  
43 Bedarfsprüfung nutzen zu können.

44

### 45 **2.5 Abschaffung der Kautions für Studierendenwohnheime**

46 Wir setzen uns dafür ein, dass die Kautions für Wohnheime des Studierendenwerks abgeschafft  
47 wird, um den Zugang zu studentischem Wohnraum zu erleichtern und finanzielle Hürden für  
48 Studierende abzubauen. Dies würde insbesondere einkommensschwachen Studierenden  
49 zugutekommen und dazu beitragen, dass bezahlbarer Wohnraum für alle zugänglich bleibt.

50

### 51 **2.6 Digitalisierung und Effizienz im BAföG-System**

52 Wir setzen uns dafür ein, dass die Bearbeitung von digital eingereichten BAföG-Anträgen  
53 vollständig digital erfolgt, um Verzögerungen bei der Auszahlung zu vermeiden. Hierbei liegt  
54 die Verantwortung bei der Freien und Hansestadt Hamburg, die sicherstellen muss, dass  
55 Studierende ihre Förderungen schnell und effizient erhalten.

56

### 57 **2.7 Reform des Hamburgischen Hochschulgesetzes**

58 Wir setzen uns dafür ein, dass eine Exmatrikulation als Strafmaßnahme nur unter strengsten  
59 Voraussetzungen erfolgen darf. Zudem fordern wir die Abschaffung der Zwangsberatung für  
60 Studierende, die zwei Semester über der Regelstudienzeit liegen, und stattdessen eine  
61 erleichterte und freiwillige Zugänglichkeit zu Beratungsmöglichkeiten.

62

63 **2.8 Stärkung der Beteiligung von Studierenden**

64 Wir setzen uns dafür ein, dass die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Studierenden innerhalb  
65 der verfassungsrechtlichen Grenzen erweitert werden, um deren Interessen stärker zu  
66 berücksichtigen und ihre Stimme in der Hochschulpolitik zu stärken. Dazu wollen wir das Amt  
67 des\*der studentische\*n Vizepräsident\*in einführen, welche die Studierenden als  
68 stimmberechtigtes Mitglied im Hochschulpräsidium vertritt. Innerhalb der verfassungsmäßigen  
69 Grenzen wollen wir außerdem auf eine Viertelparität in allen akademischen Gremien  
70 hinarbeiten.

71

72 **2.9 Ausbau des Studium Generale und Einführung eines freiwilligen akademischen Jahres**

73 Wir setzen uns für den Ausbau der Möglichkeiten für ein Studium Generale ein, in dem  
74 Abiturient\*innen zwischen Schulabschluss und Studienbeginn ihre Interessen ohne den Druck  
75 eines festen Semesterplans erkunden können. Dazu sollen alle Fakultäten aller staatlichen  
76 Universitäten Hamburgs beteiligt werden. Zudem soll das Studium Generale Bafög-förderfähig  
77 werden. Dieses Modell sollte auch auf Ausbildungen übertragbar

<b>B3</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Landesvorstand</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme mit Änderungen</i>

1 **Fortsetzung Bürgerschaftswahlprogramm, Kapitel 3**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-  
4 Landesvorstand sowie den Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

5

6 **Forderung:**

7

8 Die SPD Hamburg unterstützt die Inhalte des Wahlprogramms der Jusos Hamburg zur  
9 Bürgerschaftswahl 2025 und integriert diese in ihr Regierungsprogramm 2025-2030.

10

11 **Begründung:**

12

13 **Mobilität für alle – Nachhaltig, sicher und zukunftsorientiert**

14 Mobilität ist ein Grundbedürfnis und eine wesentliche Voraussetzung für Teilhabe und  
15 Lebensqualität in unserer Stadt. Sie darf keine Frage des Geldbeutels sein und muss allen  
16 Menschen ermöglichen, auch ohne eigenes Kraftfahrzeug bezahlbar und flexibel mobil zu  
17 bleiben. Der Hamburg-Takt muss ohne Ausnahme realisiert werden. Die Jusos Hamburg setzen  
18 sich für eine Verkehrspolitik ein, die auf Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit  
19 setzt.

20

21 **3.1 Stärkung des ÖPNV: Preisstabilität und Zugänglichkeit für alle**

22 Der öffentliche Nahverkehr ist das Rückgrat einer nachhaltigen Mobilität in Hamburg. Wir  
23 setzen uns für Preisstabilität beim 49-Euro-Ticket ein und fordern, dass der ÖPNV an Wahltagen  
24 für alle kostenlos ist. Langfristig setzen wir uns für eine Vergünstigung des 49-Euro-Tickets ein.  
25 Außerdem sollen sichere Elektrokleinstfahrzeuge ganztägig und ohne zusätzliche Kosten in  
26 Schnellbahnen des HVV mitgenommen werden können.

27

28 **3.2 Ausbau und Verbesserung des Busverkehrs: Effizienz und Erreichbarkeit**

29 Um den Busverkehr verlässlicher und effizienter zu gestalten, setzen wir uns für den Ausbau  
30 von leistungsfähigen Korridoren ein, auf denen der Busverkehr priorisiert wird. Wir fordern

31 zudem den Ausbau des Nachtbusnetzes mit einem 30-Minuten-Takt und die Aufwertung der  
32 Umstiegsstationen mit beheizten und bemannten Aufenthaltsräumen.

33

### 34 **3.3 On-Demand-Verkehr ausbauen**

35 Besonders in suburbanen Stadtteilen bieten On-Demand-Verkehre wie der zum HVV-Tarif  
36 nutzbare Shuttle-Service hvv hop eine bequeme Mobilitätsoption. Dabei muss der Betrieb in  
37 öffentlicher Hand liegen. Gleichzeitig sollten auch andere Ride-Pooling-Anbieter wie  
38 beispielsweise MOIA dabei unterstützt werden, ihren Verkehrsbereich auf das gesamte  
39 Hamburger Stadtgebiet auszuweiten.

40

### 41 **3.4 Schnellbahnausbau: Hamburgs Rückgrat stärken**

42 Der Ausbau des Schnellbahnnetzes ist entscheidend für eine nachhaltige Verkehrswende in  
43 Hamburg. Wir setzen uns dafür ein, dass gerade Stadtteile wie Wilhelmsburg, Lohbrügge und  
44 Jenfeld stärker in den Ausbau einbezogen werden. Tangentiale Verbindungen aus Schnellbahn  
45 und Straßenbahn sollen frühzeitig geplant und realisiert werden. Der Hamburger  
46 Hauptbahnhof ist hoffnungslos überlastet. Wir fordern ein neutrales Gutachten, in dem der  
47 Verbindungsbahn-Entlastungs-Tunnel und verschiedene Alternativen wie ein neuer  
48 Fernverkehrsknoten am Berliner Tor oder eine zweite Elbquerung bei Altona untersucht  
49 werden, um langfristig die beste Lösung für Hamburg zu finden. Außerdem soll die  
50 Zuverlässigkeit im Schnellbahnnetz durch eine bessere Absicherung der Strecken, zum Beispiel  
51 gegen unbefugtes Betreten, verbessert werden.

52

### 53 **3.5 Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn stärken**

54 Attraktiver Nahverkehr darf nicht an der Stadtgrenze enden. Um Pendler\*innen aus den  
55 umliegenden Regionen eine ebenso gute Mobilität ohne eigenes Auto zu ermöglichen,  
56 benötigen wir eine intensivere Zusammenarbeit mit unseren Nachbarbundesländern und eine  
57 Stärkung länderübergreifender Verkehrskorridore.

58

### 59 **3.6 Barrierefreiheit und Sicherheit im ÖPNV**

60 Ein barrierefreier ÖPNV ist Voraussetzung für die Mobilität aller Menschen in Hamburg. Wir  
61 fordern den flächendeckenden Einbau von Aufzügen an allen Schnellbahnstationen und die

62 Erhöhung der Bordsteine an Bushaltestellen für einen ebenen Einstieg. Das  
63 Orientierungssystem für Blinde und Gehörlose muss ausgebaut werden. Die Signaltöne in  
64 Bussen und Bahnen sollen so angepasst werden, dass auch neurodivergente Menschen den  
65 ÖPNV problemlos nutzen können. Die Nutzung des ÖPNVs darf nicht von fehlender subjektiver  
66 Sicherheit abhängen. Besonders in den Nachtzeiten sollten die Schnellbahnstationen mit  
67 Ansprechpersonen besetzt sein. Im Großraum der Freien und Hansestadt Hamburg muss  
68 zudem die Schulbeförderung für Schüler\*innen mit sonderpädagogischem Bedarf gesichert  
69 werden.

70

### 71 **3.7 Nachhaltige Mobilität fördern: Investitionen in den Umweltverbund**

72 Um den Anteil des Umweltverbundes am Mobilitätsmix auf 80% zu steigern, setzen wir uns für  
73 kontinuierliche Investitionen in den ÖPNV, den Rad- und Fußverkehr ein. Fahrgastunterstände,  
74 Bahnsteigdächer und Betriebsgebäude sollen begrünt werden, um das Mikroklima zu  
75 verbessern.

76

### 77 **3.8 Den Radverkehr stärken**

78 In den letzten Jahren wurden einige Straßenzüge mit sogenannten Radfahrstreifen im Rahmen  
79 beschleunigter Planungen ausgestattet. Um den Radverkehr weiter zu fördern, setzen wir uns  
80 dafür ein, dass solche punktuellen und schnellen Maßnahmen bei jeder Straßenumbauplanung  
81 standardmäßig berücksichtigt werden. Der Radverkehr wird häufig durch Ampelschaltungen,  
82 die primär auf den KFZ-Verkehr ausgelegt sind, ausgebremst. Deshalb sollten  
83 Ampelbeeinflussungen an Kreuzungen frühzeitig erfasst und auf den Radverkehr ausgeweitet  
84 werden. Zudem ist die Einführung sogenannter Regenampeln notwendig, um dem Rad- und  
85 Fußverkehr wetterabhängig optimale Querungsbedingungen zu bieten.

86

### 87 **3.9 Den Fußverkehr stärken**

88 Die gesellschaftlich essenzielle Sorgearbeit und die damit verbundene Mobilität müssen sich  
89 auch in der Verkehrsinfrastruktur widerspiegeln. Um das Mobilitätsverhalten aller Menschen  
90 gerecht abzubilden, setzen wir uns für die stadtweite und unverzügliche Umsetzung der  
91 Fußverkehrsstrategie ein.

92

93 **3.10 Sicherer und nachhaltiger Autoverkehr**

94 Wir setzen uns für regelmäßige Erste-Hilfe-Schulungen für alle, Sehtests für Autofahrer\*innen  
95 sowie medizinische Prüfungen ab dem Alter von 65 Jahren ein, um die Verkehrssicherheit zu  
96 erhöhen. Falls der Test nicht bestanden wird oder der Führerschein ab diesem Alter freiwillig  
97 abgegeben wird, sollte die Stadt diesen Menschen ein kostenloses Deutschlandticket zur  
98 Verfügung stellen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine verstärkte Förderung von Carsharing-  
99 Angeboten ein.

100

101 **3.11 Intelligente Verkehrssysteme für eine zukunftsfähige Mobilität**

102 Die Priorisierung von Einsatzfahrzeugen und ÖPNV an Ampeln, Abbiegeassistenten in jedem  
103 Fahrzeug, Grüne Wellen für KFZ und Radverkehr, automatisierter Schnellbahnbetrieb und  
104 Regenampeln, die Fuß- und Radverkehr buchstäblich nicht im Regen stehen lassen – all das  
105 kann durch kooperative intelligente Verkehrssysteme (C-ITS) erreicht werden. Diese Systeme  
106 tragen dazu bei, Staus zu reduzieren, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und den  
107 Umweltverbund zu stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass harmonisierte C-ITS-Dienste  
108 schnellstmöglich in den Regelbetrieb überführt und auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet  
109 werden.

<b>B4</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Landesvorstand</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme mit Änderungen</i>

1 **Fortsetzung Bürgerschaftswahlprogramm, Kapitel 4**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-  
4 Landesvorstand sowie den Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

5

6 **Forderung:**

7

8 Die SPD Hamburg unterstützt die Inhalte des Wahlprogramms der Jusos Hamburg zur  
9 Bürgerschaftswahl 2025 und integriert diese in ihr Regierungsprogramm 2025-2030.

10

11 **Begründung:**

12

13 **Wohnen und Stadtplanung – Nachhaltig, bezahlbar und gerecht**

14 Wohnen ist ein Grundrecht, das in unserer Gesellschaft sichergestellt werden muss. Hamburg  
15 wächst stetig, und damit steigt auch der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Wir Jusos  
16 Hamburg setzen uns dafür ein, dass Wohnen als Element der Daseinsvorsorge für alle  
17 Menschen in unserer Stadt zugänglich bleibt.

18

19 **4.1 Schaffung von bezahlbarem Wohnraum: Mehr öffentlicher Wohnungsbau**

20 Wir setzen uns dafür ein, dass der Anteil an öffentlich gefördertem Wohnraum deutlich erhöht  
21 wird, indem mindestens 75 % aller Neubauprojekte durch städtische Unternehmen oder  
22 Genossenschaften realisiert werden und Neubauprojekte privater Investoren mindestens 50%  
23 öffentlich geförderten Wohnraum umfassen. Durch Nachverdichtung und die Zusammenarbeit  
24 mit Wohnungsgenossenschaften sowie der SAGA können zusätzliche Potenzialgebiete  
25 erschlossen werden. Dabei dürfen wir uns nicht ausschließlich auf Neubauprojekte verlassen.  
26 Bestehende Wohneinheiten, die bislang nicht in genossenschaftlicher Hand oder in öffentlicher  
27 Hand sind, sollen in die öffentliche Hand übergehen. Die Stadt muss konsequent von ihrem  
28 Vorkaufsrecht Gebrauch machen.

29

30 **4.2 Sozialer Wohnraum für alle: Inklusive Stadtentwicklung**

31 Wir setzen uns für den Ausbau von Wohnheimen für Studierende und Auszubildende ein. Für  
32 Menschen, die von Wohn- und Obdachlosigkeit betroffen sind, unterstützen wir das „Housing  
33 First“-Konzept, um ihnen langfristig einen dauerhaften Wohnraum zu bieten. Besonders  
34 vulnerable Gruppen, wie Jugendliche, benötigen mehr Notunterkünfte mit sozialpädagogischer  
35 Betreuung. Zudem müssen Wohnungstauschanreize geschaffen und Lücken im Mietrecht bei  
36 Leasing-Modellen für Privatwohnungen geschlossen werden.

37

### 38 **4.3 Feministische Stadtplanung: Eine Stadt für alle**

39 Wir setzen uns für eine Stadtplanung ein, die die Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigt  
40 und patriarchale Strukturen überwindet. Gendergerechte Planung ist hierbei unerlässlich und  
41 muss als verbindliche Leitlinie in der Hamburger Stadtentwicklungs-, Bau- und Verkehrspolitik  
42 verankert werden. Dazu gehören das Leitbild der 15-Minuten-Stadt, bauliche Maßnahmen zur  
43 Beseitigung von Angsträumen sowie flexible Grundrisse im Wohnungsbau, die  
44 unterschiedlichen Lebensmodellen gerecht werden.

45

### 46 **4.4 Förderung von Frauenhäusern und Schutzräume für INTA\*-Personen**

47 Um Frauen in Not nicht länger monatelang auf einen Platz im Frauenhaus warten zu lassen,  
48 müssen diese Einrichtungen gefördert, nachhaltig finanziert und konsequent neue  
49 Frauenhäuser geschaffen werden. INTA\*-Personen benötigen spezielle Angebote, um Schutz  
50 vor patriarchaler Gewalt zu erhalten, einschließlich einer queeren Notunterkunft nach dem  
51 Vorbild eines Frauenhauses.

52

### 53 **4.5 Barrierefreier Zugang für alle im öffentlichen Raum**

54 Barrieren im öffentlichen Raum führen dazu, dass Teile der Stadt nicht mehr für alle Menschen  
55 erreichbar sind. Wir setzen uns für einen konsequenten Ausbau der Barrierefreiheit im  
56 öffentlichen Raum ein, um die lückenlose Erreichbarkeit für alle Menschen zu gewährleisten.  
57 Dazu gehört der flächendeckende Abbau von Stufen zu Gebäuden, Parkeingängen und  
58 Verbindungswegen für den Fußverkehr, die durch Rampen ersetzt werden müssen. Ebenso  
59 sollten Bodenschwellen und Absätze vermieden und die gesamte Stadt mit einem taktilen  
60 Bodenleitsystem ausgestattet werden. Zusätzlich fordern wir ausreichend bezahlbaren und  
61 barrierefrei nutzbaren Wohnraum. Zusätzlich setzen wir uns für ein Ende der sogenannten

62 defensiven Architektur ein, mit der versucht wird, Obdachlose aus bestimmten Bereichen zu  
63 verdrängen.

64

#### 65 **4.6 Ausweitung des Zugangs zu Trinkwasser und öffentlichen WCs**

66 Um im öffentlichen Raum den Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen  
67 für alle zu gewährleisten, muss das Angebot an Trinkwasserspenderinnen landesweit durch  
68 Hamburg Wasser ausgebaut werden. Künftig ist zur Erhöhung des Nutzungskonformforts auf  
69 selbstreinigende WC-Kabinen zu setzen. Gleichzeitig sollte das Netz an öffentlichen WCs,  
70 betrieben durch die Stadtreinigung, weiter ausgeweitet und verdichtet werden. Dieses  
71 flächendeckende Netzwerk soll sicherstellen, dass Menschen in allen Teilen der Stadt jederzeit  
72 Zugang zu kostenfreiem Trinkwasser und öffentlichen sanitären Einrichtungen haben. Des  
73 Weiteren sollte in der Stadtplanung bei jedem Projekt das „Leitbild der kurzen Wege“  
74 berücksichtigt werden.

75

#### 76 **4.7 Nachhaltige Stadtentwicklung: Klimaschutz und Flächennutzung**

77 Wir setzen uns für den Einsatz nachhaltiger Baupraktiken ein, die Minimierung der  
78 Flächenversiegelung und die Maximierung entsiegelter Flächen. Zudem sollen mehr autofreie  
79 Zonen geschaffen werden. Photovoltaikanlagen sollen verpflichtend auf allen geeigneten  
80 Dächern installiert werden, und finanzielle Hürden für Privatbesitzer\*innen müssen durch  
81 Förderprogramme beseitigt werden. Fassaden müssen soweit möglich und praktikabel begrünt  
82 werden

<b>B5</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Landesvorstand</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme</i>

1 **Fortsetzung Bürgerschaftswahlprogramm, Kapitel 5**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-  
4 Landesvorstand sowie den Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

5

6 **Forderung:**

7

8 Die SPD Hamburg unterstützt die Inhalte des Wahlprogramms der Jusos Hamburg zur  
9 Bürgerschaftswahl 2025 und integriert diese in ihr Regierungsprogramm 2025-2030.

10

11 **Begründung:**

12

13 **Digitalisierung – Hamburg für die Zukunft rüsten**

14 Die Digitalisierung bietet enorme Chancen, die Effizienz und Bürgernähe unserer Verwaltung  
15 zu steigern. Für die Jusos Hamburg ist eine umfassende Digitalisierung der Verwaltung ein  
16 zentrales Anliegen, um Prozesse zu vereinfachen und den Zugang zu staatlichen  
17 Dienstleistungen für alle Bürger\*innen zu verbessern.

18

19 **5.1 Effizienzsteigerung durch digitale Verwaltung**

20 Wir setzen uns für den Ausbau interner Wissensdatenbanken zur besseren Dokumentation und  
21 Einarbeitung ein. Digitale Kompetenzen der Verwaltungsangestellten sollen gestärkt und  
22 kontinuierlich weiterentwickelt werden. Eine benutzerfreundliche App für Anträge und  
23 Terminbuchungen soll den Bürger\*innen einen einfachen Zugang zu Verwaltungsdiensten  
24 ermöglichen.

25

26 **5.2 Modernisierung der Register und digitale Vernetzung der Ämter**

27 Wir setzen uns für die Modernisierung von Registern und die digitale Vernetzung der Ämter  
28 ein, um Bürokratie abzubauen und die Verwaltung schneller und transparenter zu gestalten.

- 29 Die Automatisierung von Antragsprozessen soll die Effizienz steigern und Bearbeitungszeiten  
30 verkürzen.

<b>B6</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Landesvorstand</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme mit Änderungen</i>

1 **Fortsetzung Bürgerschaftswahlprogramm, Kapitel 6**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-  
4 Landesvorstand sowie den Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

5

6 **Forderung:**

7

8 Die SPD Hamburg unterstützt die Inhalte des Wahlprogramms der Jusos Hamburg zur  
9 Bürgerschaftswahl 2025 und integriert diese in ihr Regierungsprogramm 2025-2030.

10

11 **Begründung:**

12

13 **Wirtschaft – Nachhaltiges Wachstum und soziale Gerechtigkeit sichern**

14 Hamburg steht vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen, die eine kluge und  
15 vorausschauende Politik erfordern. Die Jusos Hamburg setzen sich für eine Wirtschaftspolitik  
16 ein, die ökologisch nachhaltig, sozial gerecht und zukunftsorientiert ist.

17

18 **6.1 Verfassungsänderung für zukunftsorientierte Investitionen**

19 Wir setzen uns für eine Änderung von Artikel 72 der Hamburgischen Verfassung und für eine  
20 Reform der Schuldenbremse ein, um notwendige Investitionen in die wirtschaftliche  
21 Entwicklung, Digitalisierung und ökologische Modernisierung zu ermöglichen.

22

23 **6.2 Rückführung kritischer Infrastruktur in städtisches Eigentum**

24 Wir setzen uns für die Rückführung kritischer Infrastruktur in staatliches Eigentum ein, um  
25 soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und wirtschaftliche Stabilität in unserer Stadt  
26 zu gewährleisten.

27

28 **6.3 Einführung von Gender Budgeting für gerechte Haushaltsplanung**

29 Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung des Gender Budgetings ein, indem durch die  
30 bereits geschaffene Arbeitsgruppe verpflichtend jährliche Berichte zu den Auswirkungen

31 haushaltspolitischer Entscheidungen auf den Grundsatz der Gleichbehandlung aller  
32 Geschlechter anzufertigen und zu veröffentlichen sind. Zudem ist jeder Haushalt vor der  
33 Verabschiedung verbindlich auf die genderspezifischen Auswirkungen zu überprüfen, um eine  
34 gerechte Verteilung öffentlicher Mittel sicherzustellen.

35

#### 36 **6.4 Ausbildungsplatzgarantie für alle**

37 Wir setzen uns für die Einführung eines umlagefinanzierten Landesausbildungsfonds ein, in den  
38 alle Hamburger Unternehmen einzahlen. Dieser Fonds soll garantieren, dass jeder junge  
39 Mensch in Hamburg die Chance auf einen Ausbildungsplatz erhält. So sichern wir eine faire und  
40 qualifizierte Ausbildung für alle Jugendlichen in unserer Stadt.

<b>B7</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Landesvorstand</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme mit Änderungen</i>

1 **Fortsetzung Bürgerschaftswahlprogramm, Kapitel 7**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-  
4 Landesvorstand sowie den Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

5

6 **Forderung:**

7

8 Die SPD Hamburg unterstützt die Inhalte des Wahlprogramms der Jusos Hamburg zur  
9 Bürgerschaftswahl 2025 und integriert diese in ihr Regierungsprogramm 2025-2030.

10

11 **Begründung:**

12

13 **Inneres – Freiheit, Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe**

14 Eine demokratische Gesellschaft basiert auf den Prinzipien von Freiheit, Sicherheit und dem  
15 Schutz der Privatsphäre. Die Jusos Hamburg setzen sich dafür ein, dass diese Grundwerte auch  
16 in Zeiten zunehmender Überwachung und Kontrolle erhalten bleiben.

17

18 **7.1 Schutz der Privatsphäre: Gegen Massenüberwachung und für Transparenz**

19 Wir setzen uns gegen die Ausweitung der automatisierten Videoüberwachung im öffentlichen  
20 Raum ein. Wo Überwachung bereits stattfindet, fordern wir maximale Transparenz und die  
21 Nutzung von Open Source Software.

22

23 **7.2 Liberales Versammlungsgesetz für Hamburg**

24 Wir setzen uns für ein eigenständiges, liberaleres Versammlungsgesetz für Hamburg ein, das  
25 die Versammlungsfreiheit stärkt und klar definiert. Dieses Gesetz soll beispielsweise  
26 Versammlungen bereits ab zwei Personen anerkennen.

27

28 **7.3 Einführung von Bodycams bei Polizeieinsätzen**

29 Wir setzen uns für eine flächendeckende Einführung von Bodycams bei Polizeieinsätzen ein, die  
30 gezielt in riskanten Situationen eingesetzt werden sollen. Eine unabhängige Instanz muss das  
31 Ein- und Ausschalten der Kameras überwachen, um Missbrauch zu verhindern.

32

#### 33 **7.4 Unabhängige Beschwerdestelle für Hamburg**

34 Wir setzen uns für die Schaffung einer unabhängigen Beschwerdestelle in Hamburg ein, die  
35 Anzeigen gegen Polizeibeamt\*innen entgegennimmt, um potenzielle Hürden für Anzeigenden  
36 zu minimieren. Damit Vorfälle leichter zur Anzeige gebracht werden können, fordern wir  
37 außerdem eine Kennzeichnungspflicht in allen öffentlichen wahrnehmbaren Einsätzen für alle  
38 Polizist\*innen, die in Hamburg im Einsatz sind.

<b>B8</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Landesvorstand</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme mit Änderungen</i>

1 **Fortsetzung Bürgerschaftswahlprogramm, Kapitel 8**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-  
4 Landesvorstand sowie den Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

5

6 **Forderung:**

7

8 Die SPD Hamburg unterstützt die Inhalte des Wahlprogramms der Jusos Hamburg zur  
9 Bürgerschaftswahl 2025 und integriert diese in ihr Regierungsprogramm 2025-2030.

10

11 **Begründung:**

12

13 **Justiz – ein starker Rechtsstaat in Hamburg in unabdingbar**

14 In Zeiten von Rekordwerten der AfD im Osten des Landes und einer zunehmenden Gewalt  
15 durch Rechtsextremist\*innen kommt dem Rechtsstaat eine besondere Bedeutung zu – er ist  
16 einer der Grundpfeiler unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die Jusos Hamburg  
17 setzen sich dafür ein, dass unser Rechtsstaat gestärkt wird und seiner Schutzfunktion  
18 gegenüber allen Bürger\*innen uneingeschränkt nachkommen kann.

19

20 **8.1 Mehr Personal für die Hamburger Staatsanwaltschaft, Gerichte und deren**  
21 **Geschäftsstellen**

22 Wir setzen uns für eine deutliche Aufstockung des Personals in der Staatsanwaltschaft, den  
23 Gerichten und deren Geschäftsstellen ein, um den rechtsstaatlichen Anforderungen der Stadt  
24 vollumfänglich gerecht zu werden. Die Staatsanwaltschaft muss an jährlichen Fortbildungen  
25 teilnehmen, welche auf diversitätssensibles Handeln in ihrer Tätigkeit geschult wird.. Dazu ist  
26 insbesondere zu prüfen, inwiefern die Mindestnoten der Staatsexamina zur Einstellung als  
27 Richter\*in bzw. Staatsanwält\*in zu senken sind, um offene Stellen besetzen zu können.

28

29 **8.2 Resozialisierung und psychologische Betreuung im Strafvollzug**

30 Wir setzen uns für die Ausweitung von Resozialisierungsmaßnahmen im Strafvollzug sowie in  
31 der Untersuchungshaft ein. Dabei muss eine umfassende gesundheitliche und psychologische  
32 Betreuung der Häftlinge gewährleistet werden. Das beinhaltet den Einsatz von ausgebildetem  
33 Personal. Weiterhin müssen eine bessere Finanzierung der Haftanstalten sowie mehr Anreize  
34 für dortige Arbeitsplätze geschaffen werden.

35

### 36 **8.3 Schwerpunktsetzung innerhalb der Staatsanwaltschaft Hamburg**

37 Wir setzen uns für eine veränderte Schwerpunktsetzung bei der Staatsanwaltschaft Hamburg  
38 ein, damit die staatsanwaltschaftlichen Ressourcen vermehrt auf die Verfolgung von schweren  
39 Verbrechen konzentriert werden. Dazu sollte der Straftatbestand des Erschleichens von  
40 Leistungen gemäß § 265a StGB entkriminalisiert werden. Außerdem sollten die  
41 Einstellungsmöglichkeiten nach §§ 153 ff. StPO bei geringfügigen Vergehen, insbesondere im  
42 Zusammenhang mit Beschaffungskriminalität, verstärkt genutzt werden.

43

### 44 **8.4 Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafen**

45 Wir setzen uns dafür ein, dass die Staatsanwaltschaft Hamburg als Vollstreckungsbehörde  
46 Geldstrafen nicht mehr in Ersatzfreiheitsstrafen umwandelt. Stattdessen sollte sichergestellt  
47 werden, dass Verurteilte die Möglichkeit haben, eine Ersatzfreiheitsstrafe durch die Ableistung  
48 gemeinnütziger Arbeit abzuwenden. Zudem sollten alle rechtlichen Möglichkeiten genutzt  
49 werden, um in bestimmten Fällen auf die Vollstreckung von Geldstrafen zu verzichten.

<b>B9</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Landesvorstand</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme mit Änderungen</i>

1 **Fortsetzung Bürgerschaftswahlprogramm, Kapitel 9**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-  
4 Landesvorstand sowie den Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

5

6 **Forderung:**

7

8 Die SPD Hamburg unterstützt die Inhalte des Wahlprogramms der Jusos Hamburg zur  
9 Bürgerschaftswahl 2025 und integriert diese in ihr Regierungsprogramm 2025-2030.

10

11 **Begründung:**

12

13 **Integration – Vielfalt stärken, Teilhabe ermöglichen**

14 Vielfalt und Multikulturalität bereichern Hamburg enorm und sind wesentliche Säulen unserer  
15 Stadtgesellschaft. Die Jusos Hamburg setzen sich dafür ein, dass alle Menschen, unabhängig  
16 von ihrer Herkunft, die gleichen Chancen auf Teilhabe und ein erfülltes Leben haben. Dafür  
17 braucht es gezielte Maßnahmen zur Förderung von Bildung, Zugang zum Arbeitsmarkt und  
18 sozialen Angeboten, die den individuellen Bedürfnissen gerecht werden.

19

20 **9.1 Deutschkurse für Eltern: Integration beginnt zu Hause**

21 Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschkurse für Eltern in Kindergärten und Schulen angeboten  
22 werden, um die Integration der gesamten Familie zu fördern und den Zugang zum  
23 Bildungssystem zu erleichtern.

24

25 **9.2 Mehrsprachigkeit und leichte Sprache in offiziellen Dokumenten**

26 Wir setzen uns dafür ein, dass offizielle Dokumente mehrsprachig und in leichter Sprache  
27 verfügbar sind, um Verständnishürden abzubauen und die Teilhabe aller Bürger\*innen zu  
28 gewährleisten.

29

30 **9.3 Für echte Teilhabe am Arbeitsmarkt statt Arbeitspflicht für Geflüchtete**

31 Wir setzen uns entschieden gegen die Forderung nach einer Arbeitspflicht für Geflüchtete  
32 ein und treten stattdessen dafür ein, den Zugang zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete zu  
33 erleichtern. Die tatsächlichen Herausforderungen, wie Sprachbarrieren, fehlende  
34 Anerkennung von Qualifikationen und institutionelle Hürden, müssen in den Fokus  
35 gerückt werden. Wir setzen uns dafür ein, den Ausbau von Sprachkursen und  
36 Qualifizierungsmaßnahmen zu fördern, um Geflüchteten den Einstieg in den Arbeitsmarkt  
37 zu ermöglichen. Gleichzeitig fordern wir verbesserte Kinderbetreuungsangebote, um  
38 Geflüchteten mit Familien die Teilnahme am Arbeitsleben zu erleichtern. Darüber hinaus  
39 müssen rechtliche und bürokratische Hürden abgebaut werden, die den Zugang zum  
40 Arbeitsmarkt erschweren.

<b>B10</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Landesvorstand</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme mit Änderungen</i>

1 **Fortsetzung Bürgerschaftswahlprogramm, Kapitel 10**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-  
4 Landesvorstand sowie den Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

5

6 **Forderung:**

7

8 Die SPD Hamburg unterstützt die Inhalte des Wahlprogramms der Jusos Hamburg zur  
9 Bürgerschaftswahl 2025 und integriert diese in ihr Regierungsprogramm 2025-2030.

10

11 **Begründung:**

12

13 **Kultur – Teilhabe für alle ermöglichen**

14 Kultur ist ein wesentlicher Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens und sollte für alle  
15 Menschen zugänglich sein. Die Jusos Hamburg setzen sich dafür ein, dass kulturelle Teilhabe  
16 nicht vom finanziellen Hintergrund abhängt.

17

18 **10.1 Mehr 10-Euro-Tickets für die Elbphilharmonie**

19 Wir setzen uns dafür ein, dass mehr 10-Euro-Tickets für die Elbphilharmonie angeboten  
20 werden, um breiteren Bevölkerungsschichten den Zugang zu kulturellen Erlebnissen zu  
21 ermöglichen.

22

23 **10.2 Zugang zu Kultur für alle: Ausweitung der Kulturfreikarte**

24 Die Kulturfreikarte, die es Erst- und Zweitsemesterstudierenden ermöglicht, eine Vielzahl von  
25 Kultureinrichtungen kostenlos zu besuchen, ist ein Erfolgsprojekt. Wir setzen uns dafür ein,  
26 dass die Kulturfreikarte auf alle Studierenden und Auszubildenden ausgeweitet wird.  
27 Gleichzeitig müssen Kultureinrichtungen, die Teil des Freikartenangebots sind, stärker staatlich  
28 gefördert werden.

29

30 **10.3 Antifaschistische Kultur gestalten**

31 Aus unserer Geschichte wissen wir um die Katastrophe des Faschismus, um seine Ursachen und  
32 wie er überwunden werden konnte. Die Lehren aus der Befreiung vom deutschen Faschismus,  
33 sind heute von neuer Relevanz. Deswegen setzen wir uns für den 8. Mai als Feiertag ein, um zu  
34 lernen, wie wir gegen Rechts eine humane Gesellschaft herausbilden

<b>B11</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Landesvorstand</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme mit Änderungen</i>

1 **Fortsetzung Bürgerschaftswahlprogramm, Kapitel 11**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-  
4 Landesvorstand sowie den Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

5

6 **Forderung:**

7

8 Die SPD Hamburg unterstützt die Inhalte des Wahlprogramms der Jusos Hamburg zur  
9 Bürgerschaftswahl 2025 und integriert diese in ihr Regierungsprogramm 2025-2030.

10

11 **Begründung:**

12

13 **Gesundheit – Zugang zu einer gerechten und hochwertigen Versorgung**

14 Eine gerechte und hochwertige Gesundheitsversorgung ist ein Grundrecht. Die Jusos Hamburg  
15 setzen sich dafür ein, dass alle Menschen unabhängig von ihrem sozialen Status Zugang zu den  
16 notwendigen Gesundheitsdiensten haben.

17

18 **11.1 Abschaffung des Werkstudierendenprivilegs**

19 Wir setzen uns für die Abschaffung des Werkstudierendenprivilegs ein, um eine gerechtere  
20 Verteilung von Arbeitsmöglichkeiten und Versicherungsbedingungen unter den Studierenden  
21 zu erreichen.

22

23 **11.2 Verbesserung der Krankenhausplanung und Ausbau der kassenärztlichen Versorgung**

24 Wir setzen uns für eine umfassende Überprüfung und Verbesserung der Krankenhausplanung  
25 ein, um eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung zu  
26 gewährleisten. Gleichzeitig muss die kassenärztliche Versorgung, insbesondere in  
27 unterversorgten Stadtteilen, dringend ausgebaut werden. Jeder Mensch hat ein Recht auf eine  
28 funktionierende Gesundheitsversorgung, weshalb auch Angebote für Menschen ohne

29 Krankenversicherung flächendeckend geschaffen und bestehende Initiativen angemessen  
30 finanziert werden müssen.

31

### 32 **11.3 Psychologischen Angebote für alle**

33 Wir setzen uns für eine Verdopplung der Kassenärztlichen Plätze für Psychotherapeut\*innen  
34 und die Ausweitung der psychologischen Angebote in Schulen, Berufsschulen, Hochschulen  
35 und Universitäten ein. Darüber hinaus setzen wir uns für eine bessere finanzielle Unterstützung  
36 für Psychotherapeut\*innen in der Ausbildung ein.

<b>B12</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Landesvorstand</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme mit Änderungen</i>

1 **Fortsetzung Bürgerschaftswahlprogramm, Kapitel 12**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-  
4 Landesvorstand sowie den Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

5

6 **Forderung:**

7

8 Die SPD Hamburg unterstützt die Inhalte des Wahlprogramms der Jusos Hamburg zur  
9 Bürgerschaftswahl 2025 und integriert diese in ihr Regierungsprogramm 2025-2030.

10

11 **Begründung:**

12

13 **Sport – Zugang für alle sicherstellen und innovative Projekte fördern**

14 Sport spielt eine zentrale Rolle für die körperliche und soziale Entwicklung von Kindern und  
15 Jugendlichen. Die Jusos Hamburg setzen sich dafür ein, dass alle jungen Menschen Zugang zu  
16 sportlichen Aktivitäten haben und die Möglichkeit erhalten, ihre körperlichen und sozialen  
17 Fähigkeiten weiter zu entwickeln.

18

19 **12.1 Verkürzung der Wartelisten für Sportvereine**

20 Wir setzen uns dafür ein, dass die Wartelisten für Sportvereine verkürzt werden, indem Vereine  
21 finanziell gefördert werden, um neue Übungsleiter\*innen anzuwerben und zusätzliche  
22 Trainingszeiten anzubieten.

23

24 **12.2 Schaffung vertikaler Sportflächen und multifunktionaler Sportstätten**

25 Wir setzen uns für die Schaffung von vertikalen Sportflächen und multifunktionalen  
26 Sportstätten ein, um in dicht besiedelten Stadtteilen zusätzlichen Raum für sportliche  
27 Aktivitäten zu schaffen.

28

29 **12.3 Gesundheitsförderung durch Sport: Präventions- und Reha-Sport**

30 Wir setzen uns dafür ein, dass Reha- und Präventionssportangebote öffentlich zugänglich  
31 ausgebaut werden, um die Gesundheit und Lebensqualität im Alter zu verbessern.

32

#### 33 **12.4 Ausbau und Erweiterung von „Kids in die Clubs“**

34 Wir setzen uns für den Ausbau und die langfristige Sicherung des Projekts „Kids in die Clubs“  
35 ein. Zudem fordern wir die Erweiterung des Programms auf Studierende und Auszubildende,  
36 um allen jungen Menschen in Hamburg den Zugang zu Sportvereinen zu ermöglichen.

37

#### 38 **12.5 Vergünstigter Zugang zu Sportstätten**

39 Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zu Sportstätten für Statusgruppen wie Studierende,  
40 Auszubildende und Schüler\*innen durch spezielle Angebote vergünstigt wird.

<b>B13</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Finkenwerder</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme</i>

1 **Profiloberstufe stärken**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge beschließen:

4

5 **Forderung:**

6

7 Wir bekennen uns im Grundsatz zum Modell der Profiloberstufe und lehnen die Rückkehr zu  
8 einem Leistungskursmodell ab. Mit einem fächerübergreifenden Ansatz, einer Balance  
9 zwischen Spezialisierung und Allgemeinbildung und einer inhärenten Neigung zu  
10 Sozialformen des gemeinsamen Lernens unterstreicht die Profiloberstufe einen progressiven  
11 Bildungsbegriff und ein modernes Lernen – etwas, das wir uns für die Schulen unserer  
12 Hansestadt wünschen.

13 Um unserem Anspruch an eine gute, faire Bildung für alle gerecht zu werden, muss an  
14 einigen Stellschrauben im Lehr-/Lernkonzept der Studienstufe gedreht werden.

15

16 So fordern wir:

17

18 **1. Mehr Schüler\*innen-Beteiligung bei der Profilbildung**

19 Schüler\*innen sollen künftig stärker in die konkrete Entscheidung über die Ausprägung  
20 ihrer Profile in der Studienstufe eingebunden sein, um ihnen zu ermöglichen, ihr  
21 Potenziale und Fähigkeiten selbstbestimmter zu entfalten. Dies betrifft sowohl die  
22 profilgebenden und -begleitenden Fächer als auch das übergeordnete Thema des  
23 jeweiligen Profils. So braucht es einen verbindlichen innerschulischen  
24 Findungsprozess welcher die koordinative Rolle der Schulleitungen sowie eine  
25 bindende Entscheidung der Schüler\*innenschaft des betreffenden Jahrgangs  
26 konstruktiv zusammenbringt.

27

28 **2. Mehr Planung für eine gute Verzahnung**

29 Das eigentliche Konzept des Profils mit einem eigenen Namen und einem  
30 übergeordneten Thema muss mehr mit Leben gefüllt werden. Dies soll durch eine  
31 engere Zusammenarbeit der Lehrkräfte profilgebender und -begleitender Fächer im

32 Rahmen einer anfänglichen Planungskonferenz und Check-Ups erreicht werden, für  
33 welche Ihnen Zeit - beispielweise das Äquivalent von zwei Arbeitstagen pro Profil - zur  
34 Verfügung gestellt werden muss.

35

### 36 **3. Stärkere Fächerintegration und Projektarbeit**

37 Die Integration der Fächer innerhalb der Profile soll durch eine verstärkt projektbasierte  
38 Arbeit intensiviert werden, bei der Schüler\*innen komplexe, realitätsnahe Probleme  
39 bearbeiten, die Kompetenzen und Wissen aus verschiedenen Disziplinen erfordern.  
40 Hierfür braucht es Orientierung, Verbindlichkeiten, Hilfestellungen und Praxisbeispiele  
41 von der für Schulbildung zuständigen Behörde.

42

#### 43 **Begründung:**

44

45 Aktuell fordern wir Jusos Hamburg noch die Rückkehr zum Leistungskursmodell. Allerdings  
46 fordern wir im Juso-Programm zur Bürgerschaftswahl 2025 nun zu Recht die Stärkung der  
47 Profiloberstufe durch mehr Mitbestimmung vonseiten der Schüler\*innen. Entsprechend ist es  
48 Zeit für eine neue Positionierung in der Grundsatzfrage nach dem Modell der Oberstufe, die  
49 unserem Anspruch an eine gerechte und gute Bildung entspricht.

<b>B14</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Juso-Hochschulgruppen HCU und UHH</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>In geänderter Fassung angenommen</i>

1 **Hochschulen – demokratisch und sozial!**

2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
3 Landesparteitag der SPD Hamburg und anschließend den Bundesparteitag der SPD  
4 beschließen:

5

6 **Forderung:**

7 Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der  
8 Bundesregierung, sowie die SPD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft und die  
9 sozialdemokratischen Mitglieder des Hamburger Senates sollen darauf hinwirken,  
10 dass im Hochschulrahmengesetz und dem Hamburgischen Hochschulgesetz eine  
11 breitere Demokratisierung der Hochschulen verankert wird.

12 Dafür fordern wir:

- 13 • die Viertelparität in Hochschulgremien, insbesondere im akademischen Senat  
14 für die vier Statusgruppen Studierende, Professor\*innen, Wissenschaftliche  
15 Mitarbeitende und Verwaltungspersonal
- 16 • studentische Vizepräsident\*innen als Teil des Hochschulpräsidiums

17

18 **Begründung:**

19

20 Wir setzen uns als sozialdemokratische Partei Deutschlands für eine freie und demokratische  
21 Gesellschaft ein. Dieses Leitbild endet nicht an den Campusmauern. Für eine freie  
22 Wissenschaft müssen alle daran Beteiligten ein gutes Maß an Mitbestimmung haben.

23 Der akademische Senat ist an den wichtigsten Entscheidungen der Hochschulpolitik direkt  
24 beteiligt und muss dementsprechend demokratisch organisiert sein. Momentan haben  
25 beispielsweise die Studierenden als mit Abstand personenstärkste Statusgruppe an den  
26 Hochschulen ein deutlich geringeres Mitentscheidungsmaß. So umfasst das Stimmgewicht der  
27 studentischen Vertreter\*innen im Senat der HafenCity-Universität nur 20%, obwohl sie mehr als  
28 80% aller Hochschulangehörigen ausmachen. An der Universität Hamburg beträgt das  
29 Stimmgewicht der studentischen Vertreter\*innen sogar nur 15,7%. Über eine Viertelparität kann

- 30 allen Statusgruppen ein angemessenes Stimmgewicht gegeben und gleichzeitig die im  
31 Grundgesetz festgeschriebene Wissenschaftsfreiheit gesichert werden.  
32 Mitbestimmung findet nicht nur im Senat statt. Für eine transparente und konsensgetriebene  
33 Hochschulverwaltung sind studentische Prorektor\*innen und Vizepräsident\*innen in einigen  
34 Bundesländern bereits ein erprobter und etablierter Teil der Hochschulverwaltung, die diese  
35 nachhaltig stärken.

<b>B15</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Horn</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme</i>

1 **Entwicklung einer nationalen Strategie zur Bekämpfung von Endometriose**

2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
3 Landesparteitag der SPD Hamburg mit anschließender Weiterleitung an den SPD-  
4 Bundesparteitag beschließen:

5 **Forderung:**

6 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert:

- 7 1. In Zusammenarbeit mit der Endometriose-Vereinigung Deutschland e.V. eine breite,  
8 kontextspezifische und sichtbare Sensibilisierungskampagne zu Endometriose möglich  
9 zu machen, um ein größeres Bewusstsein über diese Krankheit in der Öffentlichkeit zu  
10 schaffen. Besonders wichtig ist hierbei die Aufklärung an Schulen über diese Krankheit.  
11 2. In Absprache mit der Bundesärztekammer zu prüfen, ob die Möglichkeit einer  
12 verpflichtenden Fortbildung in Bezug auf diese Krankheit für den Fachbereich  
13 Gynäkologie besteht.

14 **Begründung:**

15 Endometriose ist eine chronische, gynäkologische Erkrankung von Personen mit weiblichen  
16 Primärgeschlechtsorganen im gebärfähigen Alter. Jahrzehntlang wurden Krankheiten, die  
17 ausschließlich Frauen betreffen, in Politik und Forschung vernachlässigt. Zwar kam es 2023  
18 durch die Ampel-Regierung mit fünf Millionen Euro erstmals zu einer Förderung der  
19 Endometriose-Forschung, doch das allein reicht nicht. Die Länder Frankreich und Australien  
20 sind Deutschland dabei längst voraus. In Australien gibt es seit 2018 einen Nationalen  
21 Aktionsplan für Endometriose und auch Frankreichs Präsident Macron kündigte 2022 eine  
22 Nationale Strategie zur Bekämpfung von Endometriose an. Nicht nur investieren beide Länder  
23 mehr Geld in die Forschung, sie setzen sich auch für mehr Aufklärung und Reformen im  
24 Gesundheitssystem ein.

25 Zwischen 8-15% aller Personen mit weiblichen Primärgeschlechtsorganen sind betroffen – in  
26 Deutschland allein zwei Millionen Menschen. Zusätzlich werden 40.000 Neuerkrankungen im  
27 Jahr registriert, doch die Dunkelziffer dafür ist vermutlich deutlich höher. Ein Grund dafür kann

28 das Herunterspielen der Schmerzen während der Periode vom Kindesalter an sein. Da auch in  
29 Fachkreisen die Endometriose erst spät Einzug in den Dialog gefunden hat, sind vor allem  
30 Frauenärzt:innen der älteren Generation häufig nicht genügend in diesem Bereich ausgebildet.  
31 Eine gesellschaftliche Aufklärung zu diesem Krankheitsbild findet zudem selten bis nie statt.  
32 Die meisten Diagnostizierten erfahren kurz vor der Diagnose das erste Mal etwas über diese  
33 Krankheit.

34 Diese Punkte führen nicht nur zur Verzögerung der Diagnose, sondern auch zu vielen Jahren  
35 voller Schmerzen für die Betroffenen. Die Zeit zwischen den ersten Symptomen bis zu einer  
36 Diagnose liegt hier durchschnittlich bei zehn Jahren. Da die Endometriose außerdem  
37 reproduktionsmedizinische Auswirkungen hat, ist eine frühe Diagnose zu Gunsten einer  
38 möglichen Familienplanung ebenfalls von äußerster Relevanz.

39 Aufklärung in Schulen und Hochschulen spielt deshalb eine besondere Rolle, weil viele Personen  
40 mit weiblichen Primärgeschlechtsorganen in diesen Altersgruppen noch nie etwas von  
41 Endometriose gehört haben. Ihre Schmerzen werden häufig heruntergespielt, oder von  
42 Gynäkolog:innen als „normal“ abgestud. Eine Möglichkeit der Sensibilisierung im Bereich  
43 Menstruationsbeschwerden und Endometriose wäre hier zum Beispiel der schulische  
44 Sexualkundeunterricht. Nur eine breite Aufklärung und Sensibilisierung kann die Dunkelziffer  
45 reduzieren und Betroffenen frühzeitig helfen. Hierbei kann zum Beispiel auf spezifische  
46 Endometriose-Sprechstunden hingewiesen werden.

47 Auch die Aufklärung und Fortbildung von Gynäkolog:innen ist hierbei wichtig: nicht nur aufgrund  
48 von Verzögerungen bei der Diagnose, sondern auch für eine anschließende Weiterbehandlung.  
49 Endometriose ist eine chronisch-unheilbare Krankheit, die auch mit einer Operation nicht  
50 verschwinden wird. Nur mit einer vernünftigen Anschlussbehandlung kann man die  
51 Lebensqualität der Betroffenen langanhaltend zum Positiven beeinflussen.

<b>B16</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Barmbek</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>In geänderter Fassung angenommen</i>

1 **Förderung der einheitlichen Anwendung des Stufenmodells zur Identitätsklärung**  
2 **bei eritreischen Geflüchteten in Hamburg**

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
5 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

6

7 **Forderung:**

8 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg fordert den SPD-geführten Senat und die  
9 zuständige Fachbehörde auf, sich dafür einzusetzen, dass in Hamburg das Stufenmodell des  
10 Bundesverwaltungsgerichts konsequent und einheitlich bei der Identitätsklärung von  
11 eritreischen Geflüchteten angewendet wird. Dabei soll auf die Forderung nach einer Vorsprache  
12 bei der eritreischen Botschaft, insbesondere zur Abgabe der Reueerklärung und zur Zahlung  
13 der Diasporasteuer, verzichtet werden. Stattdessen sollen alternative Nachweise wie  
14 Taufurkunden, Schulzeugnisse, eidesstattliche Versicherungen und Zeugenaussagen im  
15 Rahmen einer Gesamtschau anerkannt werden.

16

17 **Begründung:**

18 Zahlreiche eritreische Geflüchtete in Hamburg, die bereits seit Jahren in Deutschland leben,  
19 erfüllen alle Voraussetzungen für eine Einbürgerung oder eine Niederlassungserlaubnis. Sie  
20 tragen aktiv zur Gesellschaft bei und sind dringend benötigte Fachkräfte. Dennoch wird ihnen  
21 die Einbürgerung oder Niederlassungserlaubnis aufgrund fehlender staatlicher  
22 Identitätsdokumente verweigert. Die eritreische Verwaltungspraxis verhindert jedoch, dass  
23 diese Menschen solche Dokumente erhalten können, ohne sich oder ihre Angehörigen  
24 erheblichen Gefahren auszusetzen.

25

26 Das Bundesverwaltungsgericht hat bereits 2020 und 2022 entschieden, dass alternative  
27 Nachweise zur Identitätsklärung herangezogen werden können und die Kontaktaufnahme mit  
28 der eritreischen Botschaft aufgrund der verlangten Reueerklärung unzumutbar ist. Diese  
29 Entscheidungen werden jedoch in Hamburg oft nicht einheitlich umgesetzt, was dazu führt, dass  
30 viele Geflüchtete weiterhin ohne sicheren Aufenthalt in ständiger Unsicherheit leben müssen.

31

32 Der SPD-geführte Senat sowie die zuständige Fachbehörde müssen daher dafür sorgen, dass  
33 diese rechtlichen Vorgaben konsequent umgesetzt werden. Damit wird nicht nur die  
34 Rechtssicherheit für die betroffenen Personen verbessert, sondern auch ein Beitrag zur  
35 Integration und Wertschätzung der eritreischen Gemeinschaft in Hamburg geleistet.

36

37 Diese Reform ist auch im Sinne einer gerechten und menschenrechtskonformen  
38 Verwaltungspraxis und unterstützt die humane Asylpolitik, die im Einklang mit den Werten der  
39 Sozialdemokratie steht.

<b>B17</b>	<i>Antragsteller:in:</i>	<i>Jusos Bergedorf</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>In geänderter Fassung angenommen</i>

1 **Gegen staatliche Repression linker Bewegungen!**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
4 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

5

6 **Forderung:**

7

8 Die Jusos Hamburg stellen sich klar gegen die staatliche Repression linker Bewegungen.

9 Dafür soll(en):

- 10 1. §129a StGB soll tatbestandlich deutlich reduziert werden. Insbesondere soll  
11 aktivistisches Verhalten aus dem Anwendungsbereich der Norm genommen werden.  
12 2. §§129, 129a StGB soll durch die Streichung zahlreichen Katalogstraftaten nach Abs. 2  
13 enger gefasst werden.

14

15 **Begründung:**

16 Antifaschismus hat im jungsozialistischen und bestenfalls auch im allgemein demokratischen  
17 Wertekanon einen zentralen Stellenwert und ist für die Wahrung bzw. den Ausbau  
18 demokratischer Strukturen unerlässlich. Der Weg zu einer Gesellschaft der Freien und Gleichen  
19 erfordert konsequente antifaschistische Aktion gegen rechte Umtriebe und autoritäre  
20 Phänomene im gesellschaftlichen Diskurs, politischen Betrieb und nicht zuletzt im  
21 Staatsapparat. Zivilgesellschaftlicher Protest in seinen vielfältigen Erscheinungsformen bildet  
22 dabei einen essenziellen Grundpfeiler und ist für eine gesunde und funktionale Demokratie  
23 unerlässlich.

24 Denn während auch unsere selbsternannte Fortschrittskoalition auf Bundesebene tatsächliche  
25 existenzsichernde Fortschritte im Kampf gegen die Klimakrise versäumt und sich schwer tut,  
26 dem nach rechts abkippenden politischen Klima unserer Gesellschaft etwas entgegenzusetzen,  
27 formieren sich konservative und rechtsextreme Kräfte zu einer regressiven Einheit in politischen  
28 Debatten, die nicht selten zu einem polemischen Kulturkampf degenerieren. Spitzenwerte der  
29 AfD in Wahlumfragen, Konservative, die sich in neofaschistischer Rhetorik üben, fortschreitend  
30 rechtsextreme Mehrheitsverhältnisse in Teilen der Bundesrepublik und nicht zuletzt  
31 Verunglimpfungen legitimen zivilgesellschaftlichen Protests gegen Lethargie im politischen  
32 Output der Bundesregierung als „Ökoterrorismus“ sind handfeste Konsequenzen des nicht

33 mehr zu leugnenden Rechtsrucks in unserem Land. Diese Auflistung von Phänomenen des  
34 rechten Auftriebs ließe sich noch lange fortführen und verdeutlicht nur, dass  
35 zivilgesellschaftliches Engagement, kreativer demokratischer Protest und auch gewaltloser  
36 ziviler Ungehorsam so unverzichtbar und zentral für die Verteidigung demokratischer  
37 Grundwerte sind wie lange nicht mehr.

38 Zwar sieht immerhin auch die Bundesinnenministerin eigenen Aussagen zufolge die größte  
39 Gefahr für die Demokratie von rechts kommend, doch dem zuwider scheinen weite Teile des  
40 ihr untergeordneten staatlichen Sicherheitsapparats weiter daran festzuhalten, den Feind links  
41 zu verorten. So dreht sich das staatliche Repressionskarussell weiter und führt dazu, dass  
42 zuletzt gewaltfrei protestierende Klimaaktivist\*innen Opfer unverhältnismäßiger polizeilicher  
43 Überwachungs- und Durchsuchungspraktiken, wie sie eigentlich im Zuge der  
44 Terrorismusbekämpfung einzusetzen sind, wurden und Antifaschist\*innen in Stuttgart oder  
45 Leipzig in fast schon gewohnter Manier staatlicher Repression ausgesetzt waren und sind, die  
46 mitunter in langjährigen Freiheitsstrafen münden. Solange vor allem linker Protest weiterhin zur  
47 Zielscheibe staatlicher Sicherheitsbehörden wird und polizeiliche Ressourcen auf sich zieht,  
48 drohen die angekündigten Bemühungen des Bundesinnenministeriums, konsequent gegen  
49 rechte Umtriebe als größte Bedrohung demokratischer Grundwerte vorzugehen, zu leeren  
50 Worthülsen zu verkommen.

#### 51 **§129 StGB als Einfallstor in demokratische Grundrechte**

52 Eine tragende Rolle für die Repressalien gegenüber linkem Protest und Aktivismus spielt der  
53 Paragraph 129 im Strafgesetzbuch, der die „Bildung krimineller Vereinigungen“ unter Strafe stellt.  
54 Der Tatbestand jenes Paragraphen geht auf das Reichsstrafgesetzbuch von 1871 zurück, zielte  
55 ursprünglich auf die Verfolgung „staatsfeindlicher Verbindungen“ ab und wurde in seiner ersten  
56 Fassung während des Kaiserreiches vor allem zur Repression gegenüber  
57 Arbeiter\*innenbünden und Sozialdemokrat\*innen genutzt. Doch auch in der Geschichte der  
58 Bundesrepublik fand und findet der §129 StGB vielfache Anwendung und so wurde seit dem  
59 Bestehen des bundesdeutschen Rechtssystems von der Hausbesetzer\*innenszene der 1980er  
60 Jahre bis hin zu Klimaaktivist\*innen der Letzten Generation kaum ein oppositionelles Politikfeld  
61 von 129er-Ermittlungen verschont.

62 In juristischen Fachkreisen wird §129 StGB auch als „Gummiparagraf“ bezeichnet und gilt  
63 aufgrund seiner vagen Definition der Straftatbestände und dem damit einhergehenden flexiblen  
64 Interpretationsspielraum als umstritten.

65 Einen aus rechtsstaatlicher Perspektive fragwürdig großen Raum für juristische Interpretationen  
66 bietet der Zusatzparagraf 129a StGB, der die „Bildung terroristischer Vereinigungen“ gesondert  
67 unter Strafe stellt und angesichts seiner Verabschiedung im Schnelldurchlauf 1976 im Kontext  
68 des Stammheim-Prozesses gegen Mitglieder der ersten Generation der RAF als „Lex RAF“  
69 bezeichnet wird. Der §129a zur Bestrafung der „Bildung terroristischer Vereinigungen“ räumt  
70 dem Polizeiapparat im Namen der Terrorismusbekämpfung weitreichende Befugnisse ein, die  
71 mitunter nachrichten- und geheimdienstliche Anwendungen beinhalten und einer breit  
72 auslegbaren Rechtsprechung unterliegen. So fällt nicht nur die aktive Mitgliedschaft in einer  
73 „terroristischen Vereinigung“ sondern auch die nicht weiter definierte Unterstützung einer  
74 solchen unter den Straftatbestand und legalisiert Ermittlungstaktiken der Polizei wie  
75 Großrazzien mit schweren Waffen oder die Langzeitüberwachung von E-Mailverkehr und  
76 Telekommunikation, wie sie sonst nur dem Bundesnachrichtendienst obliegen.

77 Verfassungsrechtlich besonders kritisch ist die im §129 und §129a implizierte Verlegung der  
78 Strafbarkeit weit vor eine reelle Vorbereitung konkret strafbarer Handlungen. Damit werden  
79 mitunter alltägliche Handlungen im politischen Kontext, wie beispielsweise Gruppentreffen,  
80 kriminalisiert und dem Sicherheitsapparat der Exekutive die Umgehung des Datenschutzes für  
81 das Ausforschen bloßer als „organisatorische Aktivitäten“ deklarerter Handlungen ermöglicht.  
82 Die gesammelten Daten können in polizeiliche Dokumentationsstrukturen überführt und  
83 gespeichert werden, auch wenn sich -wie in der Mehrheit der statistisch erfassten Fälle- der  
84 anfängliche Straftatverdacht nicht erhärtet. Die insgesamt geringe Erfolgsquote bei der  
85 Anwendung des §129 und insbesondere des §129a für die strafrechtliche Verfolgung  
86 tatsächlicher krimineller bzw. terroristischer Vereinigungen, durch die er sich legitimieren soll,  
87 legt zumindest nahe, dass die Befugnisse, die den Sicherheitsbehörden eingeräumt werden,  
88 eher rechtsstaatliche Grundrechte untergraben, als dass sie sich effektiv für die  
89 gesellschaftliche Sicherheit erweisen. so-Landeskonferenz 2023: Wir machen den Unterschied!  
90 Der „Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“ kritisierte daher, dass  
91 die entsprechende Gesetzeslage vor allem „der Einschüchterung politischer Initiativen und der  
92 Sammlung von Daten“ diene.

93 Dies soll eigentlich durch den sogenannten Politikvorbehalt in §129 StGB verhindert werden,  
94 der politische Bewegungen gesondert behandelt und die Hürden für eine strafrechtliche  
95 Verfolgung jener hoch hält. Der §129a StGB setzt den Politikvorbehalt im Namen der  
96 Terrorismusbekämpfung durch den Artikel 2 jedoch aus. Somit ermöglicht der §129a StGB  
97 potenziell eine Instrumentalisierung der Terrorabwehr zur politischen Repression und gehört  
98 daher abgeschafft.

99 Um auch künftig eine funktionale und vor allem rechtsstaatliche Terrorismusbekämpfung zu  
100 sichern, erachten wir es als sinnvoll, die gesonderten Kriterien zu Terrorismus in §129a Artikel  
101 1 StGB in eine gesamte Reformation des §129 StGB einfließen zu lassen. So kann eine  
102 Rechtslage zur funktionalen Terrorismusbekämpfung geschaffen werden, die jedoch nicht wie  
103 bisher für die Repression politischer Bewegungen instrumentalisiert werden kann. Der §129  
104 StGB und insbesondere der §129a ermöglichen durch ihren breiten juristischen Spielraum in  
105 ihren derzeitigen Formulierungen jedoch genau das und legalisieren staatliche Repression  
106 linker Bewegungen.

<b>B18</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Hamm-Borgfelde</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme</i>

1 **Mietpreisbremse, aber richtig!**

2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
3 Landesparteitag der SPD beschließen:

4 **Forderung:**

5 Die SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft sowie die sozialdemokratischen  
6 Mitglieder des Senats werden dazu aufgerufen, die Hamburger  
7 Mietpreisbegrenzungsverordnung als wichtige Säule zur Stabilisierung des Mietmarkts zu  
8 erhalten und sich für folgende Änderungen bei der ab 2025 anstehenden Verlängerung in  
9 Bundesrat und Bürgerschaft einzusetzen:

10 Bei Mietverträgen für eine Wohnung, die nach dem 1. Oktober 2014 erstmals genutzt und  
11 vermietet wird, soll die Mietpreisbegrenzungsverordnung nach einem Zeitraum von fünf Jahren  
12 nach Erstnutzung bereits im laufenden Mietvertrag gelten.

13 Zur Begrenzung zumutbarer Belastungen für Mieter\*innen soll die  
14 Mietpreisbegrenzungsverordnung auch gelten, wenn die Vormiete bereits die ortsübliche  
15 Vergleichsmiete plus 10 überschreitet.

16 Um sicherzustellen, dass die Vermietung möblierter Wohnungen im Einklang mit der  
17 Mietpreisbegrenzungsverordnung und dem BGB und transparent für die Mieter\*innen erfolgt,  
18 mögen die Umstände der Vermietung strenger gesetzlich geregelt werden. Dazu gehört unter  
19 anderem aber nicht ausschließlich:

- 20 1. Eine gesetzliche und für die Mieter\*innen transparente Definition von einem  
21 "vorübergehenden Gebrauch" und einer "besonderen Zwecksetzung des Gebrauchs".  
22 2. Eine gesetzliche Festlegung des maximal möglichen Zuschlags für die Möblierung auf  
23 monatlich höchstens ein Prozent des Zeitwerts, um die Belastung der Mieter\*innen so  
24 weit wie möglich zu senken.

- 25 3. Gesetzliche Kriterien, an denen sich die konkrete Höhe des Zuschlags für die  
26 Möblierung orientieren muss.
- 27 4. Eine verpflichtende Ausweisung des konkreten Zuschlags für die Möblierung im Mietvertrag
- 28 5. Alle möblierte Wohnungen, die zeitlich befristet vermietet werden und dem Eigenbedarf  
29 dienen, müssen der Freien und Hansestadt Hamburg lizenzpflichtig sein
- 30 6. Zur Begrenzung der relativen Anzahl von zeitlich befristet vermieteten möblierten  
31 Wohnungen, soll die Freie und Hansestadt Hamburg eine feste Anzahl von 10.000  
32 Lizenzen pro Jahr verteilen
- 33 7. Mieter\*innen und Vermieter\*innen sollen einen Nachweis über die Notwendigkeit der  
34 Möblierung erbringen, um sicherzustellen, dass möblierte Wohnungen ihrem  
35 vorgesehenen Zweck entsprechen.

36 **Begründung:**

37 Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 25. März 2021, veröffentlicht am 15.  
38 April 2021, deutet darauf hin, dass der Gesetzgeber durch die entsprechende Gestaltung des  
39 bürgerlichen Rechts soziale und andere Ziele verfolgen kann, indem er Vorgaben für die  
40 Vertragsgestaltung macht und deren Einhaltung und Durchsetzung sicherstellt. Hierdurch ergibt  
41 sich die Möglichkeit einen dauerhaften und Verwaltungsminimierenden Prozess einzuführen,  
42 der eine häufige Änderung der Mietpreisbremse obsolet macht. Zudem wird durch eine faire  
43 Verteilung und Erhöhung der Mieten die soziale Spaltung bekämpft. Um die Mietpreisbremse  
44 zu verbessern muss an folgenden Punkten nachgebessert werden:

45 **1. Relative Altersgrenze für Gebäude:**

46 Die Einführung einer relativen Altersgrenze für Gebäude, beispielsweise fünf Jahre, nach deren  
47 Ablauf die Mietpreisbremse automatisch greift, ist ein wichtiger Schritt zur Stabilisierung des  
48 Mietmarktes. Ab dem Zeitpunkt der Umsetzung, jedoch nicht rückwirkend, sollen Gebäude, die  
49 älter als fünf Jahre sind, der Mietpreisbremse unterliegen. Dies bedeutet, dass die maximale  
50 Überschreitung des Vergleichsmietpreises nur noch 10% betragen darf. Studien zeigen, dass  
51 solche Maßnahmen den Anstieg der Mieten verlangsamen und somit die Wohnkosten für Mieter  
52 stabilisieren können<sup>1</sup>.

53 **2. Strengere Regulierung möblierter Wohnungen:**

54 Möblierte Wohnungen müssen strenger reguliert und zugelassen werden. Der Anteil möblierter  
55 Wohnungen sollte perspektivisch klein gehalten werden, weil möblierte Wohnungen laut  
56 Untersuchungen<sup>2</sup> häufig zu überhöhten Preisen angeboten werden, was den Mietmarkt

57 zusätzlich belastet. Eine strengere Regulierung würde dazu beitragen, diese Praxis  
58 einzudämmen und den Mietmarkt zu entlasten. Vorgeschlagen wird ein Lizenzierungsmodell  
59 am Beispiel von Airbnb in Paris und eine Maximaldauer mit der Wohnung möbliert vermietet  
60 werden dürfen, bevor sie wieder dem normalen Wohnungsmarkt hinzuzuführen sind. Diese  
61 Begrenzung soll sicherstellen, dass möblierte Wohnungen primär für den Zweck der  
62 kurzfristigen Nutzung durch Arbeiter\*innen und Firmen bereitgestellt werden und nicht als  
63 dauerhafte Wohnlösung dienen, die das Mietrecht umgeht.

### 64 **3. Auswirkungen auf die Bevölkerung vs. Wohnungseigentümer:**

65 Die Erweiterung der Mietpreisbremse hat sowohl positive als auch negative Auswirkungen auf  
66 verschiedene Interessengruppen. Für die Bevölkerung, insbesondere für Mieter\*innen,  
67 bedeutet dies eine Stabilisierung der Mietpreise und eine bessere Planbarkeit der Wohnkosten.  
68 Dies trägt zur sozialen Gerechtigkeit bei und verhindert, dass Menschen aufgrund steigender  
69 Mieten aus ihren Wohnungen verdrängt werden.

70 Für Wohnungseigentümer\*innen kann die Erweiterung der Mietpreisbremse zu geringeren  
71 Renditen führen. Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass die Mietpreisbremse nicht darauf  
72 abzielt, Eigentümer\*innen zu benachteiligen, sondern einen fairen Ausgleich zwischen den  
73 Interessen von Mieter\*innen und Vermieter\*innen zu schaffen. Studien haben gezeigt, dass die  
74 Mietpreisbremse in der Regel keine negativen Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft  
75 von Eigentümer\*innen hat<sup>1</sup>.

### 76 **4. Reaktion auf Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH):**

77 Der Europäische Gerichtshof hat in mehreren Urteilen betont, dass die Mitgliedstaaten  
78 Maßnahmen ergreifen müssen, um die Wohnsituation zu verbessern und die Rechte der  
79 Mieter\*innen zu schützen. Die Erweiterung der Mietpreisbremse ist eine direkte Reaktion auf  
80 diese Urteile und zeigt, dass wir als Partei bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und  
81 konkrete Schritte zur Verbesserung der Lebensbedingungen zu unternehmen<sup>2</sup>.

### 82 **Fazit:**

83 Die Erweiterung der Mietpreisbremse durch die Einführung einer relativen Altersgrenze für  
84 Gebäude und die strengere Regulierung möblierter Wohnungen ist ein notwendiger Schritt zur  
85 Stabilisierung des Mietmarktes und zur Verbesserung der Lebensbedingungen für  
86 Mieter\*innen.

<b>B19</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>AK Stadtentwicklung und Mobilität</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>In geänderter Fassung angenommen</i>

## 1 **Fachspezifische Verkehrsbehörde einführen**

2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
3 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

### 4 **Forderung:**

5 Die SPD setzt sich dafür ein, dass

- 6 1. eine fachspezifische bezirkliche Verkehrsbehörde geschaffen wird;
- 7 2. diese neue Behörde die Aufgaben übernimmt, für die bisher die Verkehrsdirektion  
8 zuständig ist;
- 9 3. bei den Bezirksämtern Verkehrsabteilungen eingerichtet werden;
- 10 4. diese Abteilungen die Aufgaben übernehmen, für die bisher die Polizeikommissariate  
11 als Straßenverkehrsbehörde zuständig sind;
- 12 5. die Aufgaben der Behörde für Inneres und Sport auf dem Gebiet des Straßenverkehrs  
13 auf die Behörde für Verkehr und Mobilitätswende übergehen.

### 14 **Begründung:**

15 Wer in Hamburg eine Halteverbotszone für einen Umzug beantragt, wendet sich an sein  
16 örtliches Polizeikommissariat. Das mag verwundern, hat die Polizei doch eigentlich andere  
17 Aufgaben. Ihr gebührt Anerkennung für die wertvolle Arbeit an Sicherheit und Vertrauen.

18 Die Polizei ist indes nicht nur auf lokaler Ebene für temporäre Anordnungen zuständig, sondern  
19 gestaltet als Verkehrsdirektion auch auf Landesebene den Straßenverkehr unserer Stadt. Das  
20 bringt einige Probleme mit sich. Schon 2019 erkannte das Abendblatt, dass die zentrale  
21 Verkehrsdirektion unterbesetzt und überfordert ist und hielt fest: „Dort sind nicht nur viele Stellen  
22 vakant. Die Altersstruktur ist überdurchschnittlich hoch.“

23 Es überrascht nicht, dass die konservative Institution der Polizei Veränderungen wie der  
24 Verkehrswende grundsätzlich skeptisch gegenübersteht. So werden neue bundesweite Regeln

25 wie der Grünpfeil für Radfahrende oder ausgeschilderte Überholverbote einspuriger Fahrzeuge  
26 in Hamburg kaum bzw. gar nicht angewendet. Auch der ÖPNV wird von unseren  
27 Verkehrsbehörden regelmäßig ausgebremst, etwa wenn es um Bedarfshaltestellen für Busse  
28 geht.

29 Uns geht es darum, Kompetenzen intuitiv zu bündeln. Die Überwachung des Verkehrs und  
30 seiner Sicherheit ist und bleibt Kernaufgabe der Polizei. Den gestalterischen Aspekt hingegen  
31 wollen wir in andere Hände legen.

32 Denn kaum jemand wird mit dem Ziel, an einem Schreibtisch verkehrsbehördliche Anordnungen  
33 zu erlassen, zur Polizei gehen. Umgekehrt schreckt eine Laufbahn in Uniform und unter Waffen  
34 viele am Verkehr Interessierte ab. Unser Vorschlag ermöglicht ausbildungsgerechte Einsätze  
35 mit klarem Fokus auf den städtischen Verkehr.

36 Damit ist nicht zuletzt der Polizei selbst geholfen. Die Arbeit in den Verkehrsbehörden gehört  
37 nicht zu den attraktiven Dienstposten. Stattdessen werden personelle Kapazitäten wieder im  
38 eigentlichen Zuständigkeitsbereich der Polizei eingesetzt: der Sicherheit. Hier wurden bis jetzt  
39 Überstunden aufgebaut und Kooperationen mit privaten Dienstleistern eingegangen.

40 Die fachspezifische Verkehrsbehörde ist kein Sprung ins kalte Wasser. Ihr Aufbau setzt eine  
41 schon laufende Entwicklung hin zu einem multimodalen Blick auf den Verkehr in unserer Stadt  
42 fort. Die Verkehrsbehörde als spezialisierte Stelle mit jungen Profis in enger Angliederung an  
43 die Bezirke ist der logische nächste Schritt.

<b>B20</b>	<i>Antragsteller*in:</i>	<i>Jusos Altona</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>In geänderter Fassung angenommen</i>

1 **Entlastung der Verwaltung statt Entbürokratisierung**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge beschließen:

4

5 **Forderung:**

6 Wir fordern dazu auf, dass Hamburger Fachbehörden und Bezirksamter, Arbeitsstellen für  
7 Studierende ausschreiben, um Studierende während der vorlesungsfreien Zeit in überlasteten  
8 Bereichen einzusetzen. Die Arbeit der Studierenden soll nach dem jeweiligen Tarif vergütet  
9 werden und mit Beendigung des Arbeitsverhältnisses sollen Studierende eine Pauschalzahlung  
10 in Höhe des Semesterbeitrags erhalten.

11

12 **Begründung:**

13 Das Wort „Bürokratie“ kommt aus dem Französischen. Es beschreibt, wie wichtige Vorgänge  
14 im Staat ablaufen. In einer Bürokratie ist alles genau geregelt und streng geordnet, jeder hat  
15 seine klar umschriebene Aufgabe. Vorschriften legen genau fest, wie gehandelt werden muss.

16

17 Gewissermaßen ist die Bürokratie in Deutschland eine Verkörperung unseres Rechtsstaates.  
18 Durch sie wird gewährleistet, dass die Rechte und Pflichten aller Bürger/-innen gleichermaßen  
19 bewertet, geschützt und berücksichtigt werden.

20

21 Einer der wichtigsten Vorteile von Bürokratie ist ihre Fähigkeit, Entscheidungen auf der  
22 Grundlage von objektiven Kriterien und Regeln zu treffen. Dies ermöglicht eine effektivere und  
23 gerechtere Verwaltung von Ressourcen und führt zu einer höheren Effizienz in der  
24 Regierungsführung. Außerdem schützt sie vor staatlicher Willkür und gibt den Bürger/-innen  
25 Sicherheit.

26

27 Statt sich ewig die Frage zu stellen, wie man Deutschland entbürokratisieren kann, sollte man  
28 sich eher die Frage stellen, woher die Unzufriedenheit kommt.

29

30 Hamburgs Fachbehörden und Bezirksamter stehen zunehmend unter Druck, ihre Aufgaben  
31 trotz wachsender Arbeitsbelastung und knapper personeller Ressourcen effizient zu erfüllen.

32 Daher lassen sich Anträge nur mit großer Verzögerung bearbeiten, was zu großer  
33 Unzufriedenheit auf beiden Seiten führt.

34 Die Lösung liegt also darin den Fachkräftemangel anzugehen.

35

36 Durch die gezielte Einbindung von Studierenden in Zeiten, in denen der Bedarf besonders hoch  
37 ist, kann dieser Druck signifikant gemindert werden. Studierende könnten in verschiedenen  
38 Bereichen, wie der Bearbeitung von Anträgen, der Verwaltung und in projektbezogenen  
39 Aufgaben, sinnvoll eingesetzt werden. Dies führt nicht nur zu einer kurzfristigen Entlastung,  
40 sondern kann auch die Effizienz der Behörden erhöhen.

41

42 Für Studierende bietet diese Maßnahme die Chance, wertvolle Praxiserfahrungen zu sammeln  
43 und ihre theoretischen Kenntnisse in einem realen Arbeitsumfeld anzuwenden. Dies ist eine  
44 bedeutende Ergänzung zur universitären Ausbildung und erhöht ihre berufliche Qualifikation,  
45 was ihnen nach Abschluss des Studiums den Einstieg ins Berufsleben erleichtert. Darüber  
46 hinaus lernen die Studierenden die Strukturen und Arbeitsweisen des öffentlichen Dienstes  
47 kennen, was langfristig das Interesse an einer Karriere in der Verwaltung fördern kann.

48

49 Weiterhin stehen Studierende vor der Herausforderung, Studium und Lebensunterhalt zu  
50 finanzieren. Durch die angebotenen Arbeitsstellen in den Behörden erhalten sie nicht nur eine  
51 angemessene Vergütung für ihre Arbeit, sondern zusätzlich eine Pauschalzahlung in Höhe des  
52 Semesterbeitrags nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Diese zusätzliche finanzielle  
53 Unterstützung trägt zur Entlastung von Studierenden bei und motiviert sie, sich während der  
54 vorlesungsfreien Zeit sinnvoll zu engagieren, anstatt lediglich einer gering qualifizierten  
55 Aushilfstätigkeit nachzugehen.

56

57 Man sollte nicht außer Acht lassen, dass durch das Angebot frühzeitig eine Verbindung  
58 zwischen Studierenden und den Behörden hergestellt wird. Studierende, die positiven  
59 Erfahrungen in ihrer Arbeit bei den Behörden sammeln, könnten sich eher für eine langfristige  
60 Karriere im öffentlichen Dienst entscheiden. Dies trägt dazu bei, den Fachkräftemangel in der  
61 Verwaltung nachhaltig zu bekämpfen und die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen  
62 langfristig zu sichern.

63 Als Nebenprodukt wird die Zusammenarbeit zwischen den Hamburger Hochschulen und den  
64 Behörden durch dieses Programm gestärkt. Eine solche Kooperation fördert den  
65 Wissenstransfer und ermöglicht es, theoretische Forschungsergebnisse direkt in der Praxis zu  
66 erproben und anzuwenden. Dies wiederum kann zu Innovationen im öffentlichen Dienst  
67 beitragen und die Stadt Hamburg als attraktiven Studien- und Arbeitsort positionieren.

<b>B21</b>	<i>Antragsteller:in:</i>	<i>Jusos Bergedorf</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme</i>

1 **Wir lassen uns nicht spalten!**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
4 Landesparteitag der SPD Hamburg zur Bearbeitung und anschließenden Weiterleitung an den  
5 Bundesparteitag sowie zur Weiterleitung an die Juso-Bundesdelegiertenkonferenz  
6 beschließen:

7

8 **Forderung:**

9

10 Wir lehnen Symbolpolitik ab. Zur Prävention von Anschlägen und Angriffen durch psychisch  
11 labile und meistens online radikalisierte Attentäter\*innen müssen wir uns um das folgende  
12 bemühen:

13

- 14 1. Psychosoziale Beratungsangebote sowie die psychologische und  
15 psychotherapeutische Versorgung müssen bedarfsgerecht (stärker) finanziert werden.
- 16 2. Geflüchtete müssen unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status Zugang  
17 psychosozialen Angeboten haben. Geflüchtete, insbesondere aus Kriegsgebieten,  
18 müssen aktiv auf die Beratungs- und Hilfeangebote hingewiesen werden. Ein  
19 niedrigschwelliger Zugang ist ab dem Zeitpunkt der Zuweisung an ein Bundesland  
20 sicherzustellen.
- 21 3. Zivilgesellschaftliche Akteure, die Menschen in verschiedenen, schwierigen  
22 Lebenslagen unterstützen und/oder zur Stärkung von Gemeinschaften beitragen, sind  
23 zu stärken und bedarfsgerecht zu finanzieren. Dasselbe gilt für Angebote der offenen  
24 Kinder- und Jugendarbeit und Straßensozialarbeit sowie für inklusive Bildungs- und  
25 Kulturprojekte.
- 26 4. De-Radikalisierungs- und Präventionsprogramme gegen Islamismus und  
27 Rechtsextremismus müssen stärker gefördert werden und langfristige  
28 Finanzierungszusagen erhalten. Aufklärungskampagnen zur Medienkompetenz sind  
29 einzuführen, um Menschen gegen extremistische Inhalte zu wappnen. Die schulische  
30 Medienkompetenzvermittlung ist entsprechend anzupassen.
- 31 5. Leistungskürzungen für Asylbewerber\*innen und andere Maßnahmen, die soziale  
32 Ausgrenzung verstärken, lehnen wir ab. Inklusive Maßnahmen, die die Integration  
33 fördern und Parallelgesellschaften verhindern, sind auszubauen.

- 34 6. Ein generelles Verbot von „Angriffsmessern“ wie Springmesser begrüßen wir.  
35 Haushaltsübliche Messer sind allerdings ausschließlich an „gefährlichen Orten“ zu  
36 verbieten. Anwohnende sind auszunehmen. Auch an der städtischen Lebensrealität  
37 vorbeigehende Verbote der Mitnahme haushaltsüblicher Messer im öffentlichen  
38 Nahverkehr lehnen wir ab.
- 39 7. Der Schusswaffenbesitz ist stärker zu regulieren. Zur besseren Durchsetzung der  
40 bestehenden Regulierung soll eine zentrale Waffenbehörde geschaffen werden.
- 41 8. Die Überwachung und Zerschlagung rechtsextremer und islamistischer Netzwerke  
42 durch den Verfassungsschutz und Sicherheitsbehörden muss intensiviert werden. Es  
43 sind schärfere Sanktionen gegen Akteure und Plattformen zu verhängen, die aktiv Hass  
44 und Hetze verbreiten.
- 45 9. Vertreter\*innen der sozialdemokratischen Partei sind zur sprachlichen Mäßigung und  
46 zum verantwortungsvollen Umgang mit ihrer Rolle gegenüber allen Menschen  
47 angehalten.

48

49 **Begründung:**

50

51 Mit einem Satz hat Friedrich Merz recht: Der überwiegende Teil der tödlichen Anschläge der  
52 letzten Jahre wurde durch Islamisten verübt. Das, was er für eine Lösung hält ist allerdings  
53 keine, sondern rassistische, spaltende Hetze.

54

55 Wir lehnen Symbolpolitik und Scheindebatten ab. Es liegt an uns, durch eine  
56 verantwortungsbewusste Politik und durch gezielte Maßnahmen zur Prävention und Integration  
57 die gesellschaftliche Spaltung zu überwinden. Anstatt die Diskussion nach rechts zu  
58 verschieben und den Diskurs extremistischen Kräften zu überlassen, müssen wir klare und  
59 fundierte Lösungen voranbringen, die das Vertrauen in unsere Gesellschaft und Demokratie  
60 stärken. Nur so verhindern wir, dass die AfD und andere rechte Akteure weiter von der  
61 Verunsicherung und Spaltung in der Gesellschaft profitieren.

62

63 **Die Verantwortung politisch Handelnder in Debatten**

64 Die politische Debatte in Deutschland wird zunehmend von populistischen und rechtsextremen  
65 Akteuren beeinflusst, die darauf abzielen, gesellschaftliche Spannungen zu verstärken und den  
66 Diskurs weiter nach rechts zu verschieben. Es ist die Verantwortung aller politisch Handelnden,  
67 dieser Entwicklung entgegenzutreten und klar zu machen, dass aus einer solchen  
68 Verschiebung nur die AfD und ähnliche Akteure profitieren. Wer in Symbolpolitik und

69 populistische Scheinlösungen abdriftet, läuft Gefahr, den Diskurs derart zu prägen, dass  
70 rechtsextreme Positionen schleichend normalisiert werden.

### 71 **Gefahr durch gesellschaftliche Spaltung und die Folgen von Symbolpolitik**

72 Die Anschläge und Gewalttaten in Deutschland in den letzten Jahren, wie der OEZ-Anschlag in  
73 München, der rechtsextreme Terrorakt in Hanau, das Attentat in Solingen und der Messerangriff  
74 in Siegen, sind erschreckende Beispiele für die Auswirkungen von gesellschaftlicher Spaltung  
75 und Radikalisierung. Während die ersten drei Taten klar von extremistisch ideologisierten  
76 Täter\*innen verübt wurden, zeigt der Messerangriff in Siegen, dass auch psychisch labile  
77 Personen zur Gefahr werden können. Insbesondere dann, wenn sie in einer Gesellschaft leben,  
78 die Spaltung und Feindseligkeit fördert.  
79 Daher ist es unerlässlich, präventive Maßnahmen zu ergreifen, die sowohl die psychische  
80 Gesundheit stärken als auch Radikalisierung verhindern.

81 Symbolpolitik, wie das pauschale Verbot von Messern, lenkt von den eigentlichen Problemen  
82 ab und bietet keine nachhaltigen Lösungen. Stattdessen gilt es, die Ursachen von Gewalt und  
83 Radikalisierung anzupacken und die Gesellschaft insgesamt widerstandsfähiger gegen  
84 Extremismus und Spaltung zu machen.

### 85 **Stärkung psychosozialer Angebote und Unterstützung für Geflüchtete**

86 Um die Verbreitung von Gewalt durch psychisch labile und radikalisierte Personen zu  
87 verhindern, ist eine umfassende psychosoziale Betreuung von zentraler Bedeutung.  
88 Psychologische und psychotherapeutische Versorgung muss bedarfsgerecht finanziert werden  
89 (Forderung 1), um sicherzustellen, dass Menschen in schwierigen Lebenslagen frühzeitig Hilfe  
90 erhalten und nicht in Extremismus oder Gewalt abrutschen.

91 Besonders Geflüchtete, die oft durch Krieg, Verfolgung und Vertreibung traumatisiert sind,  
92 müssen unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status Zugang zu solchen Angeboten  
93 haben (Forderung 2). Die aktive Information über Beratungs- und Hilfsangebote sowie ein  
94 niedrigschwelliger Zugang sind entscheidend, um diesen Menschen eine echte Perspektive zu  
95 geben und ihrer potenziellen Radikalisierung vorzubeugen.

### 96 **Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure und Stärkung der Gemeinschaft**

97 Zivilgesellschaftliche Akteure spielen eine Schlüsselrolle in der Prävention von Gewalt und  
98 Radikalisierung. Organisationen, die in der offenen Kinder- und Jugendarbeit oder in der  
99 Straßensozialarbeit tätig sind, leisten wertvolle Arbeit zur Stärkung des gesellschaftlichen  
100 Zusammenhalts und müssen daher stärker gefördert und finanziert werden (Forderung 3).  
101 Diese Angebote bieten Jugendlichen und jungen Erwachsenen Alternativen zur Radikalisierung

102 und schaffen Räume der Begegnung und des Austauschs, die Vorurteilen und Hass  
103 entgegenwirken.

#### 104 **Langfristige Förderung von De-Radikalisierungs- und Präventionsprogrammen**

105 Darüber hinaus sind De-Radikalisierungs- und Präventionsprogramme gegen Islamismus und  
106 Rechtsextremismus dringend erforderlich und müssen langfristige Finanzierungszusagen  
107 erhalten (Forderung 4). Diese Programme helfen, extremistische Ideologien zu bekämpfen und  
108 Menschen aus extremistischen Szenen herauszuführen. Eine stabile und kontinuierliche  
109 Finanzierung ermöglicht es diesen Initiativen, nachhaltig zu arbeiten und langfristige Erfolge zu  
110 erzielen.

#### 111 **Verhältnismäßigkeit in der Gesetzgebung: Keine Symbolpolitik beim Messerverbot**

112 Das Beispiel des Messerangriffs in Siegen zeigt, dass die Radikalisierung nicht immer die  
113 Ursache für solche Taten ist. Deshalb ist es wichtig, nicht in eine Symbolpolitik zu verfallen, die  
114 wenig mit der Realität zu tun hat. Ein pauschales Verbot haushaltsüblicher Messer im  
115 öffentlichen Nahverkehr ist realitätsfremd und kriminalisiert Menschen unnötig. Gerade die  
116 Lebensrealität in Städten geht damit einher, immer wieder auch Messer über 5cm Klingenlänge  
117 mit sich zu führen – sei es, weil sie gerade erworben wurden oder weil sie für ein gemeinsames  
118 Picknick benötigt werden. Stattdessen sollten nur gezielte Verbote an tatsächlich gefährlichen  
119 Orten ausgesprochen werden, ohne allerdings die Anwohnenden pauschal einzubeziehen  
120 (Forderung 5).

#### 121 **Strengere Regulierung des Schusswaffenbesitzes zur Erhöhung der Sicherheit**

122 Eine stärkere Regulierung des Schusswaffenbesitzes ist eine notwendige Maßnahme, um die  
123 Gefahr tödlicher Anschläge zu minimieren. Die Schaffung einer zentralen Waffenbehörde  
124 könnte helfen, die bestehenden Regelungen effektiver durchzusetzen und den Zugang zu  
125 Waffen besser zu kontrollieren (Forderung 6). Hier geht es nicht um Symbolpolitik, sondern um  
126 konkrete Schritte, um die Sicherheit aller Bürger\*innen zu erhöhen.

<b>B22</b>	<i>Antragsteller:in:</i>	<i>Jusos Eimsbüttel</i>
	<i>Beschluss:</i>	<i>Annahme</i>

1 **Rassistisch motivierte, menschenunwürdige Abschiebungen nach Afghanistan**  
2 **und Syrien sofort stoppen!**

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
5 Landesparteitag der SPD Hamburg mit dem Ziel der Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag  
6 und die SPD-Bundestagsfraktion beschließen:

7

8 **Forderung:**

9

10 Terroranschläge einzelner Islamisten wie jüngst in Solingen (im August 2024) dürfen nicht dazu  
11 führen, dass Schutzsuchende aus dem arabischen Raum unter Generalverdacht gestellt und  
12 ihren Grundrechten auf ein menschenwürdiges Leben und Asyl beraubt werden.

13

14 Wir bekennen uns klar zu Artikel 1, Absatz 1 unseres Grundgesetzes: „Die Würde des  
15 Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen  
16 Gewalt“. Ebenso bekennen wir uns zum Grundrecht auf Asyl (Art. 16a GG), zur Genfer  
17 Flüchtlingskonvention und zur Europäischen Menschenrechtskonvention.

18

19 Auf dieser Grundlage fordern wir einen sofortigen Abschiebungsstopp nach Afghanistan und  
20 Syrien. In beiden Ländern kann nicht gewährleistet werden, dass keine erhebliche, konkrete  
21 Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht.

22

23 **Begründung:**

24

25 Jedes Mal, wenn ein Islamist einen menschenverachtenden Anschlag durchführt, sind es  
26 Menschen mit Migrationsgeschichte und Muslim\*innen, die sich verantworten müssen und unter  
27 Generalverdacht stehen. Das darf so nicht weiter gehen.

28

29 Dass diese Menschen oft vor genau diesem Islamismus geflohen sind, interessiert unsere  
30 Partei scheinbar nicht. Dass es vor allem Migrant\*innen sind, die im Kampf gegen Islamismus  
31 an vorderster Front stehen, ebenso wenig. Und natürlich werden die Solidaritätsbekundungen  
32 und -veranstaltungen von Syrer\*innen für Solingen medial kaum wahrgenommen, sie passen  
33 nicht ins rassistische Klima.

34

35 Es ist eine Schande, dass unsere und auch andere Parteien die rassistischen Ressentiments  
36 der Rechten übernehmen und sie dadurch nur stärken.

37

38 In Afghanistan und Syrien herrschen menschenunwürdige Zustände unter menschen- und  
39 insbesondere frauenverachtenden Regimen: Frauen dürfen nur vollverschleiert auf die Straße,  
40 wenn sie das Haus überhaupt verlassen dürfen. Sie haben praktisch keine Rechte und sind nur  
41 dafür da, dem Mann zu dienen. Menschen dürfen ihre Meinung nicht öffentlich kundtun und  
42 wenn sie es tun, haben sie mit stärksten Repressionen zu rechnen. Oppositionelle werden  
43 systematisch verfolgt. Es gibt keine unabhängige Justiz, keine unabhängigen  
44 Sicherheitsbehörden, keine Gewaltenteilung und somit auch keinen Rechtsstaat.

45

46 Auch muss uns bewusst sein, dass eine (auch indirekte) Verhandlung mit Assad oder den  
47 Taliban diese Regime durch unsere Politik legitimiert und festigt. Das kann nicht das sein, was  
48 wir mit unserer Politik erreichen wollen.

49

50 **KEIN MENSCH IST ILLEGAL! ALERTA!**